

liga

1.2012

Das Magazin der Österreichischen Liga für Menschenrechte

thema. Working Poor: wenn die Arbeit nicht zum Leben reicht.

forum. Meinungen, Einwände – und was noch gesagt werden muss.

portfolio. Lesbische Frauen in China: ein Leben am Rande der Lüge.

galerie. Doris Knecht interpretiert ein Menschenrecht.



INTERNATIONALES FILMFESTIVAL
DER MENSCHENRECHTE

this human world 2012

29. NOV.
BIS 10. DEZ.

GARTENBAU TOPKINO
SCHIKANEDER FILMCASINO



www.thishumanworld.com

Hilfe ist *Mehr*WERT

Durch das **MehrWERT** Sponsoringprogramm bekennen wir uns zur Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und dem Einzelnen. Deshalb unterstützen wir Institutionen, Initiativen und Projekte in allen gesellschaftlichen Bereichen. Im Mittelpunkt steht dabei immer der Mensch mit seinen sozialen und kulturellen Bedürfnissen.

Das **MehrWERT** Sponsoringprogramm
www.sponsoring.erstebank.at

ERSTE  **BANK**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Inhalt

- 4 liga**
Historisches und Aktuelles aus dem Verein.
- 6 tipps**
Neue Bücher und Filme, die Sie interessieren werden.
- 7 lokal**
Die Saualm, geschlossene Anstalten und Ausbeutung von Heimkindern.
- 8 fragebogen**
Ein thailändischer Mönch erzählt aus seinem Leben.
- 9 global**
Minderheitenprobleme, Frauen in Indien und die ukrainische Demokratie.
- 10 ortstermin**
Abgeschoben aus Österreich: zu Besuch bei einer kosovarischen Familie.
- 12 forum**
Georg Bürstmayr, Simone Schönett, Franz-Joseph Huainigg, Thomas Schmidinger
- 14 portfolio**
Fabian Weiss porträtiert Lesben in der chinesischen Metropole Beijing.
- 22 thema**
Working Poor: wenn die Arbeit nicht zum Leben reicht.
- 31 galerie**
Die Autorin Doris Knecht interpretiert einen Artikel der Menschenrechtskonvention.



Sibylle Hamann
Chefredakteurin

Die Krise lässt uns nicht los. Die Bankenkrise, die Finanzkrise, die Euro-Krise. Das Geld. Es ist stets das Geld anderer Leute, von dem hier die Rede ist. Unvorstellbar viel Geld.

Milliarden hier, Milliarden dort, Schutzschirme, Rettungsaktionen. Nichts, was wir im Detail begreifen, und nichts, was wir mit unseren Alltagshandlungen beeinflussen könnten. Ganz weit weg und sehr abstrakt ist diese Art Geld.

Es gibt jedoch auch die konkrete Art Geld. Die Münzen in der Geldbörse, das Sparbuch in der Lade, der Abbuchungsauftrag für Heizung, Miete und Strom. Für dieses Geld arbeiten wir. Und im Normalfall sollte man davon ausgehen, dass dieses Geld zum Leben reicht. Such dir einen Job, dann kannst du davon leben: Mit dieser Grundregel sind wir aufgewachsen. Zumindest hier in Europa.

Doch immer öfter gilt diese Regel nicht mehr. Telefonistinnen im Callcenter, Boten in der Zustellbranche, Putzfrauen, Pflegerinnen, Dienstleisterinnen im Haushalt oder auch Selbstständige in kreativen Berufen: Immer mehr Menschen machen die Erfahrung, an der Kippe zu stehen. Ein Fehltritt, eine Krankheit, ein bisschen Pech, und alles kann zusammenbrechen.

„Working Poor“ ist also das Thema dieser Ausgabe. Wir blicken dafür nach Indien und nach Palästina, doch wir schauen uns ebenfalls ganz in unserer Nähe um. Wir fragen Menschen, wie es sich anfühlt, wenn sich Leistung nicht mehr lohnt. Und wie, wenn man als „unproduktiv“ abgestempelt wird. Der Armutsexperte Martin Schenk hat mit seiner Expertise viel dazu beigetragen.

Auch zum Schauen gibt es in diesem Heft einiges. Besonders stolz sind wir diesmal auf die Fotoreportage. Was wussten Sie bisher über das Leben von Lesben in China? Fabian Weiss ist in die Szene eingetaucht und hat uns Bilder mitgebracht. Jetzt wissen Sie mehr.

Schauen Sie sich das an, lesen Sie, sagen Sie uns Ihre Meinung.

Und bleiben Sie uns gewogen!

Sibylle Hamann, Chefredakteurin

Editorial I

Liebe Freunde und Freundinnen der Liga!

Zu einer Mitgliedschaft bei der Österreichischen Liga für Menschenrechte gehört der Bezug der Zeitschrift „liga“, und auch unsere Abonnent(inn)en haben es sich verdient, die liga zu lesen. Doch es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, die Herausgabe regelmäßig zu ermöglichen. Zu Beginn des Jahres stehen die Etats der Inserenten noch nicht fest, die Sachbearbeiter zucken mit den Schultern und machen zunächst Hoffnung. Im März ist ein klares Nein zu hören, und der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit einer Versicherung meint, das Jahr wäre noch lang, was wir denn sonst für weitere Themen außer Menschenrechte hätten? Im Juni sind die Werbesujets mit Freibädern bereits etwas verspätet, dafür sagen überraschenderweise drei Firmen zu, die Geld im „Topf“ haben. Zwei Tage später sagen andere Unterstützer aus Einsparungsgründen ab, so vertröstet man die einen und beknet die anderen für die nächste Nummer. Dass die Nummer dazwischen leider nicht erscheinen kann, bleibt unerwähnt, wir wechseln das Schwerpunktthema und hoffen auf ein mehrstimmiges Ja, um die Zeitschrift kosten-deckend produzieren zu können. Umso größer ist meine Freude, eine Winter-Frühlings-Sommer-Nummer zu präsentieren, die mit dem Thema „Working poor“ offensichtlich den Nerv des Jahres trifft. Trotz aller momentanen Turbulenzen wollen wir die „liga“ als Druckformat erhalten und nicht in einen Link verwandeln. Wir hoffen auf die Geduld unserer Leser/-innen und den Weihnachtsmann für die nächste Nummer.

Die Liga selbst hat nach der Präsentation des Menschenrechtsbefunds 2011 mit Barbara Helige, Joana Adesuwa Reiterer (EXIT-Verein zur Bekämpfung von Menschenhandel aus Afrika) und Conny Kogoj (Initiative Minderheiten) im Presseclub Concordia deutliche Akzente in Richtung eines weiteren „Themas des Jahres“ gesetzt. Der Befund beschäftigte sich eingehend mit der manifesten Krise des Vertrauens in den Rechtsstaat. Die unverständliche Einstellung von Verfahren, mangelnde Transparenz der öffentlichen Organe und Korruption sind aktuelle Menschenrechtsthemen. In unserem kommenden Menschenrechtsbefund 2012 werden die neuesten Ereignisse in Sachen Korruption, die mehr als ein mediales Sommerloch füllen und angesichts der Demokratiekrise und der wachsenden Armut an Brisanz gewinnen, untersucht. Die Präsentation findet am 10. Dezember statt. Weitere Veranstaltungen wie die Verleihung des dies-jährigen Menschenrechtspreises im Rahmen des Filmfestivals „this human world“ sind ebenfalls in Planung. Das rauschende Fest für den letztjährigen Preisträger Michael Genner (Asyl in Not) ist uns noch in guter Erinnerung. Wer das kleine Büro im WUK besucht, und den Andrang der verzweifelten Menschen dort sieht, weiß, was Genner und sein Team täglich leisten.

Für unsere Liga-Mitglieder gibt es dieses Jahr wieder Gelegenheit, über die Zusammensetzung des Vorstands abzustimmen, die Arbeit der Liga zu diskutieren und neue Akzente zu setzen. Im Herbst findet die Generalversammlung des Vereins statt, Ort und Zeitpunkt sind demnächst der Homepage zu entnehmen. Wir laden herzlich dazu ein..

Mit besten Grüßen
Marion Wisinger, Generalsekretärin

Editorial II

Der Liga für Menschenrechte gehen die Themen – leider – nicht aus!

Dieses Heft ist dem wachsenden Problem der prekären Arbeitsverhältnisse gewidmet – den Working Poor. Wer hätte noch um die Jahrtausendwende gedacht, dass sich die Liga für Menschenrechte in Österreich im Jahr 2012 mit einer derartigen Thematik befassen muss. Nicht nur irgendwo auf der Welt, auch in Österreich gibt es immer mehr Menschen, die, obwohl sie arbeiten, zu wenig Geld verdienen, um davon leben zu können.

Was beunruhigt, ist der Umstand, dass Entscheidungsträger, aber auch die Gesellschaft sich daran zu gewöhnen scheinen, dass diese wirtschaftliche Entwicklung überhaupt nicht mehr infrage gestellt wird. Was das für die Betroffenen an existenziellen Problemen schafft, wird kaum ernst genommen. Viele meist junge Menschen – von Lehrlingen bis zu Studierenden – wagen es gar nicht mehr, auf einen Arbeitsplatz zu hoffen, der sie ein regelmäßiges Einkommen erwarten lässt. Wie man unter solchen Umständen eine Familie gründen soll, bleibt dahingestellt.

Noch bestürzender als die Tatsache selbst ist, mit welcher Selbstverständlichkeit diese tiefgreifenden Rückschritte nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern als mehr oder weniger unausweichlich dargestellt werden. Wenn aber schon im rei-

Artikel 23 lautet: Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

chen Mitteleuropa die Situation für viele Menschen sozial bedrohlich ist, so bedeutet Armut in anderen Teilen der Erde oft Lebensgefahr.

Als Menschenrechtsorganisation, die über die eigenen Landesgrenzen hinausschaut, müssen wir uns auch der Verantwortung bewusst sein, die ärmeren Ländern gegenüber durch die internationale Vernetzung besteht. Es bedarf daher einer Gewaltanstrengung all jener, die noch nicht vergessen haben, dass hier von einem Grundrecht die Rede ist.

Es sei daher die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in Erinnerung gerufen. Deren Artikel 23 lautet: Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. Und: Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert.

Auch wenn man diese Forderungen der Menschenrechtserklärung Resolution 217 A vom 10.12.1948 nicht beim Arbeitsgericht einklagen kann: Ist es nicht zynisch, dass sich unsere Gesellschaft von diesen Forderungen ganz einfach sang- und klanglos verabschiedet hat? Dass statt dessen all jene, die sich gegen diese Entwicklung stemmen, als hoffnungslose Sozialromantiker nicht ernst genommen werden, ?

Gott sei Dank gibt es auf der anderen Seite ein wachsendes Unbehagen einer immer größer werdenden Gruppe von Menschen, die diese Entwicklung öffentlich brandmarken. Einige finden Sie in dem vorliegenden Heft.

Mögen sie mehr werden und an Einfluss gewinnen.

Barbara Helige

Kommentar

Empört euch – oder nicht?

Gedanken zur praktischen Menschenrechtsarbeit von **Kira Preckel**

Brecht sagt: Wenn Unrecht zu Recht wird, dann wird der Widerstand zur Pflicht. Das bedeutet: Eine funktionierende Demokratie benötigt eine kritische Öffentlichkeit. So weit, so klar. Aber wer steckt hinter dieser vielzitierten kritischen Öffentlichkeit, die Themen anspricht, die ansonsten gerne totgeschwiegen werden? Oftmals Menschen, die unter mehr als prekären Umständen arbeiten, damit kritische politische Diskurse überhaupt erst geführt werden. Die essentielle Arbeit von Journalist(inn)en, Wissenschaftler(inn)en, NGO-Mitarbeiter(inn)en – im weitesten Sinne „Menschenrechtler(inn)en“ – wird in Österreich als selbstverständlich hingenommen. Aber auch das Recht auf faire Arbeitsverhältnisse ist ein Menschenrecht. Paradoxe Weise können gerade diejenigen, die sich für Menschenrechte einsetzen, oft kaum ihre Miete bezahlen. Diese Tatsache ist nicht nur empörend, sondern auch beschämend. Wie kann ich einen gut recherchierten kritischen Artikel schreiben, wenn ich dafür 200 Euro bekomme? Wie kann ich mich versichern, geschweige denn meine Familie ernähren, wenn ich 40 Stunden die Woche als Asylrechtsberater(in) tätig bin und mein „Gehalt“ unter der Mindestversorgung liegt? Wie kann professionelle politische Arbeit geleistet werden ohne finanzielle Ressourcen? Nicht umsonst wird NGOs gelegentlich mangelnde Professionalität vorgeworfen. Woran das liegt, ist evident. Doch ist es nicht nur die mangelnde finanzielle Unterstützung, sondern auch der mangelnde ideelle Rückhalt in der Gesellschaft. Vonseiten der Fördergeber(innen) wird politische Arbeit oft mit persönlichem Engagement, also einer Art Freizeitgestaltung, gleichgesetzt. Doch diese „Menschenrechtler(innen)“ setzen ihre Zeit und Expertise ein, um für Grundrechte zu kämpfen und sie durchzusetzen. Diese Rechte sind nach wie vor nicht selbstverständlich, und genau deshalb brauchen wir Menschen, die diesen Diskurs vorantreiben, und zwar unter FAIREN Arbeitsbedingungen!

*Ich habe Angst um uns
in meiner Utopie
Hab ich Angst vor uns
in meiner Utopie
hab ich Angst, denn uns
wird in meiner Utopie
nur wenig Zeit zum Träumen bleiben*

Clueso, Utopie, 2008

Buchtipps

European Yearbook on Human Rights 2012

Was Menschenrechte und Demokratie betrifft, war 2011 ein revolutionäres Jahr. Der arabische Frühling hat einige lange bestehende Annahmen der internationalen Gemeinschaft in den Blickpunkt gerückt. Aber das war nicht die einzige Revolution im Denken über Menschenrechte im Jahr 2011.

Indem es Schlüsselentwicklungen der Menschenrechte in Europa und in der ganzen Welt definiert und diskutiert, führt die vierte Ausgabe des „European Yearbook on Human Rights“ 28 Beiträge von renommierten Menschenrechtsexperten zusammen, die einen dringend notwendigen Überblick und eine unentbehrliche Analyse bieten.

Gemeinsam herausgegeben von Repräsentanten von vier herausragenden europäischen Forschungs-, Lehr- und Trainingsinstitutionen im Bereich der Menschenrechte, beinhaltet das Jahrbuch 2012 umfassende Abschnitte zu Entwicklungen auf dem Gebiet der drei Hauptorganisationen, die für die Sicherung der Menschenrechte in Europa verantwortlich sind: EU, Europarat und OSZE. Ein weiteres Kapitel beinhaltet Beiträge zur Rol-

le der Zivilgesellschaft beim Schutz der Menschenrechte und zu übergreifenden Themen. Im Besonderen erlauben wir uns, auf die Rolle der österreichischen Zivilgesellschaft im Prozess der „universellen Menschenrechtsprüfung“ hinzu-

weisen, welche in einem Artikel von Kira Preckel und Rosalind Willi ausführlich behandelt wird und durch die Österreichische Liga für Menschenrechte koordiniert wurde.

Ganzheitlich im Ansatz, aber detailliert in seinen Analysen, bietet das „European Yearbook on Human Rights“ seinen Lesern einen umfassenden Überblick

und eine weitreichende Analyse der Geschehnisse und Belange, die die Menschenrechtsdebatte in Europa im Jahr 2011 geprägt haben und auch heute weiter prägen.

Die beeindruckende Liste von Autorinnen und Autoren – Wissenschaftler und Diplomaten, Praktiker und Menschenrechtsexperten – gewährleistet, dass das Buch eine essentielle Lektüre für jeden ist, der sich für Menschenrechte in Europa und darüber hinaus interessiert.



Historische Ecke

Die Gründungsdokumente der Liga im „Sonderarchiv“ in Moskau

Ein Werkstattbericht von **Christopher Treiblmayr**

In der letzten „Historischen Ecke“ wurde beschrieben, wie die Gestapo und der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS 1938 jene Teile des Liga-Archivs, die von den Vereinsfunktionären nicht zum Schutz ihrer Mitglieder vernichtet worden waren, beschlagnahmten und zur Auswertung nach Berlin verbrachten. Am Ende des Zweiten Weltkriegs setzten zahlreiche von den Nationalsozialisten geraubte Dokumente ihre abenteuerliche Reise weiter fort. Sie wurden von der Roten Armee beschlagnahmt und in das sogenannte „Sonderarchiv“ des (späteren) KGB in Moskau gebracht. Dort blieben sie über Jahrzehnte streng geheim verwahrt und wurden erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion der historischen Forschung zugänglich gemacht.

In den Jahren 1991/92 gelang es den österreichischen Historikern Stefan Karner und Gerhard Jagschitz erstmals, Zugang zu diesen „Beute-Akten“ zu erhalten und ein kommentiertes Verzeichnis der aus Österreich stammenden Unterlagen zu erstellen. Dieses diente auch dem Projektteam zur Vorbereitung einer Forschungsreise nach Moskau.

Wie schon im Bundesarchiv Berlin stellte sich jedoch auch in Moskau das Problem, dass kein eigens ausgewiesener Bestand zur Liga existiert und daher umfangreiche Aktenkonvolute durchgesehen werden mussten, in denen relevantes Material zu vermuten war. In Anbetracht der noch immer bestehenden Hürden beim Archivzugang und bei den Nutzungsbedingungen im „Sonderarchiv“, das heute Teil des Staatlichen Russischen Militärarchivs ist, stellte dies eine große Herausforderung dar. Dennoch gelang es, bislang unbekannte Gründungsdokumente der Liga aufzufinden.

Erleichtert wurde die Arbeit in Moskau dadurch, dass ein Teil der österreichischen „Beute-Akten“ 2009 nach langen Verhandlungen an das Österreichische Staatsarchiv rückgestellt worden war, wo sie vorab eingesehen werden konnten. Zudem gestattete die Großloge von Österreich dem Autor Zugang zu dort einlagernden Kopien von Teilen der noch nicht restituierten Freimaurerbestände im „Sonderarchiv“.

Weitere Kopien dieses Moskau-Bestands wurden im Privatarchiv des freimaurerischen Forschers Günter K. Kodek gesichtet. Neben Kodek haben auch der vormalige Liga-Generalsekretär Feliks J. Bister sowie Bernd Gallob und – in einer kürzlich erschienenen Arbeit zu „Freimaurerei und Sozialreform“ – Marcus G. Patka bereits auf die starke Beteiligung der Freimaurer an der Gründung der Liga hingewiesen. Unsere umfangreichen Recherchen in den Moskau-Akten und die Aktenfunde in Berlin erlauben es nun erstmals, den freimaurerischen Gründungshintergrund der Liga nahezu lückenlos zu erschließen. Während die konstituierende Generalversammlung erst 1926 erfolgte, lassen sich schon ab den frühen 1920er Jahren erste Vorbereitungsarbeiten nachweisen.

Ein Meilenstein war die 102. Sitzung des „Grossbeamten Kollegiums der Gr. Loge von Wien“ am 24. November 1925. Hier stellte der Advokat Dr. Alexander Mintz laut dem im „Sonderarchiv“ Moskau befindlichen Protokoll den Antrag „auf Gründung eines profanen Vereins, Oesterr. Liga für Menschenrechte“, da „die Zeit gekommen sei, vielleicht in Österreich, so wie es jetzt in Deutschland und Frankreich der Fall sei, die fr. Grundsätze in der Öffentlichkeit zu propagieren. Dies solle jedoch nicht in plumper Weise geschehen, der Zusammenhang mit der F[reimaurerei] solle nicht aufscheinen. [...] Dieser Verein öffnet die Türe nach der Außenwelt, durch den sie in ihn eintreten kann. Aber es kann keiner Mitglied werden, der nicht von 2 Mitgliedern des Zentralausschusses empfohlen wird.“

Wie man dabei vorging, die Liga nicht als offensichtlich freimaurerische Initiative erscheinen zu lassen, und welche – durchaus nicht nur aus den Reihen der Freimaurer kommenden – Persönlichkeiten sie in den folgenden Jahren prägte, wird in den nächsten Ausgaben thematisiert.

Lesen! sagt die Liga

Integration und Integrationsdiskurs: Wer lügt hier eigentlich?

„Aufruf zur Ehrlichkeit“ – so bezeichnen der Autor und die Autorin ihre Auseinandersetzung mit dem Thema Integration. Und deshalb verweigern sie die ständig geführte Diskussion über kulturelle Dimensionen und liefern stattdessen lieber gute Argumente, weshalb Integration eigentlich eine Frage der sozialen Rangordnung ist.

Es gelingt ihnen dabei ausgezeichnet, den verwirrenden Diskurs der Integrationsdebatte in seiner Komplexität zu erfassen und klug abzuhandeln. Waschechte Reportagen ergänzen die stringenten Schlussfolgerungen, deren Kompaktheit den Leserinnen und Lesern allerdings einiges an Aufmerksamkeit abverlangt. Keine leichte Sommerlektüre, aber sorgt für Standfestigkeit gegen Rassismen und Diskriminierung jeglicher Spielart. (mw)

Bachinger/Schenk:

Die Integrationslüge.

Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung, Deuticke Verlag, 208 Seiten, € 18,40

Menschenrechte fangen in der Nähe an

Wo fangen die Menschenrechte an? Ganz in unserer Nähe, im Alltag. Und wo hören sie auf? Immer dort, wo sie ignoriert, verleugnet, für unwichtig erklärt und beiseitegewischt werden. Die Menschenrechte zu verteidigen, bedeutet

also stets: um ihre Existenz zu wissen, und im Alltag wachsam zu sein. So ungefähr ließe sich der Grundgedanke dieses wichtigen Buches beschreiben. Die Journalistin Irene Brickner, eine der ausgewiesenen und hartnäckigsten Expertinnen auf dem Gebiet, hat verschiedene Politikbereiche in Österreich unter die Lupe genommen und darauf abgeklöpft, wie sehr sie in Einklang mit den allgemein verbrieften Menschenrechten stehen: das Asyl- und Fremdenrecht, die Meinungsfreiheit, den Schutz gegen Diskriminierung und den Schutz vor Armut. Zum Vorschein kommt dabei einiges – von simplen behördlichen Unwissen bis hin zu eiskalter politischer Perfidie. Abstrakt, zeigt Brickner, ist am Thema Menschenrechte gar nichts. Immer geht es um Menschen aus Fleisch und Blut.

Die Journalistin Irene Brickner, eine der ausgewiesenen und hartnäckigsten Expertinnen auf dem Gebiet, hat verschiedene Politikbereiche in Österreich unter die Lupe genommen und darauf abgeklöpft, wie sehr sie in Einklang mit den allgemein verbrieften Menschenrechten stehen: das Asyl- und Fremdenrecht, die Meinungsfreiheit, den Schutz gegen Diskriminierung und den Schutz vor Armut. Zum Vorschein kommt dabei einiges – von simplen behördlichen Unwissen bis hin zu eiskalter politischer Perfidie. Abstrakt, zeigt Brickner, ist am Thema Menschenrechte gar nichts. Immer geht es um Menschen aus Fleisch und Blut.

Irene Brickner:

Schwarzbuch Menschenrechte.

Worüber Österreich schweigt. Residenz Verlag, 220 Seiten, € 21,90

Von der Schutz- zur „Scheinehe“

Die akribische Untersuchung des Konstrukts „Scheinehe“, locker und gut lesbar geschrieben, fesselt von der ersten Seite an und bietet Einblicke in Geschichte, Gegenwart, Akteure, politische Interessen und Gerichtsurteile, die in dieser Form der Öffentlichkeit

unbekannt waren. Während Schutzehren im Nationalsozialismus den Verfolgten die Ausreise in Exilländer ermöglichten und retrospektiv als Formen der Hilfeleistung positiv gesehen werden, erfahren heute jene Eheschließungen, die den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen legalisieren, eine gänzlich andere Bewertung. Als sogenannte „Aufenthaltsehen“ stellen sie in Österreich seit 2006 ein strafrechtliches Delikt dar. Messinger beschreibt diese Begriffsverschiebung und benennt die Einrichtungen, die diese Kriminalisierung vorantreiben. Sie beschreibt anhand der Kategorien Geschlecht, Klasse, Nationalität und Aufenthaltsstatus präzise, wer in Österreich (und wer nicht) verdächtigt, angeklagt und verurteilt wird. Preisverdächtig!

Formen der Hilfeleistung positiv gesehen werden, erfahren heute jene Eheschließungen, die den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen legalisieren, eine gänzlich andere Bewertung. Als sogenannte „Aufenthaltsehen“ stellen sie in Österreich seit 2006 ein strafrechtliches Delikt dar. Messinger beschreibt diese Begriffsverschiebung und benennt die Einrichtungen, die diese Kriminalisierung vorantreiben. Sie beschreibt anhand der Kategorien Geschlecht, Klasse, Nationalität und Aufenthaltsstatus präzise, wer in Österreich (und wer nicht) verdächtigt, angeklagt und verurteilt wird. Preisverdächtig!

Irene Messinger:

Schein oder nicht Schein.

Konstruktion und Kriminalisierung von „Scheinehen“ in Geschichte und Gegenwart. Mandelbaum Verlag, 280 Seiten, € 19,90

Wie sich der Weltkrieg anfühlte

Kinderbücher zum Vorlesen gibt es zuhauf. Aber was liest man älteren Menschen vor, die nicht mehr selbst lesen können? Der Berliner Zeitgut Verlag hat sich diese oft vernachlässigte Frage gestellt – und eine naheliegende Antwort gefunden: Am besten eignen sich

Erinnerungen an die eigene Jugend. Herausgegeben ist bei dieser Aufzeichnung persönlicher Geschichten bisher schon eine 26-teilige

Buchreihe, die man ebenso gut als Zeitzeugenarchiv benutzen kann: Erinnerungen an die HJ- und BDM-Erziehungslager finden sich hier ebenso wie Schilderungen der Bombennächte oder der Hungerjahre der unmittelbaren Nachkriegszeit. Im aktuellen Band, „Frauen an der Heimatfront“, kommen zum Beispiel eine damalige Erntehelferin, eine Eisenbahnschaffnerin und eine Bäuerin, die sich in einen polnischen Fremdarbeiter verliebte und ins KZ deportiert wurde, zu Wort. Wissenschaft sind diese Geschichten nicht, und die sind – wohl absichtlich – so unpolitisch wie möglich. Wohl aber machen sie die politische Geschichte Deutschlands emotional verständlich.

Jürgen Kleindienst/Ingrid Hantke (Hg.): **Frauen an der Heimatfront.**

Erinnerungen 1939–1945. Zeitgut Verlag, 320 Seiten, € 13,90

Ins Kino! sagt die Liga

Mama Illegal

Ein Film von Ed Moschitz

Sie sind stille Helfer, fast niemand kennt sie. Abends, wenn ihre Arbeitgeber nach Hause kommen, sind sie meist schon weg. Den Lohn für ihr Tun finden sie bereitgelegt, im Kuvert oder auf einem Teller im Vorzimmer. So leben sie unter uns und werden doch nicht gesehen. Sie kennen intime Details aus dem Privatleben ihrer Dienstgeber, doch die wissen meist nicht einmal ihre Nachnamen. „Mama Illegal“ leiht drei dieser anonymen privaten Haushaltshilfen und Pflegehelferinnen eine Stimme und gibt so dem Thema „illegale Einwanderung“ ein Gesicht. Ein bewegender Film über ein aktuelles Thema, das uns betrifft – und betroffen macht.

Der ORF-Journalist Ed Moschitz („Am Schauplatz“) legt mit seinem ersten Kino-Dokumentarfilm „Mama Illegal“ eine präzise Langzeitstudie vor: Sieben

Jahre lang begleitete er drei Frauen aus einem kleinen moldawischen Dorf. Frauen, die mit unterschiedlichen Problemen zu kämpfen haben, deren Geschichte sich in jedoch einem entscheidenden Punkt ähnelt: Sie kommen aus einem Land ohne Perspektive. Die Arbeitslosigkeit ist enorm und die Jobchancen sind gleich null. Dennoch sind die Preise in den Geschäften ähnlich hoch wie in Westeuropa. Als einzigen Ausweg sehen viele nur noch die illegale Einreise in die EU um dort für wenig Geld private Haushalte zu putzen oder Pflegebedürftige zu betreuen. Nur so können sie etwas Geld erwirtschaften und ihren Traum von einer besseren Zukunft verfolgen.

Für diesen Wunsch zahlen sie einen hohen Preis: Sie lassen ihre Kinder zurück und sehen sie meist für Jahre nicht. Eine Rückkehr oder auch nur ein Besuch sind aus rechtlichen Gründen schwierig, die von Schleppern organisierte



Reise ist teuer und gefährlich. So bleiben die Frauen erzwungenermaßen im Ausland, in der Regel länger als ursprünglich geplant. Hier leben sie illegal, weitgehend rechtlos und ohne Schutz sowie ohne medizinische Versorgung. Für die Zurückgebliebenen dreht sich die Welt weiter, ihre Probleme müssen sie alleine lösen, und die Distanz hinterlässt bei einer ganzen Generation ihre Spuren.

Der vielfach ausgezeichnete Journalist Ed Moschitz schafft mit

„Mama Illegal“ ein berührendes Kinodebüt. Der Film zeichnet einfühlsam das Leben der drei Frauen nach: ihre Ängste und die Unsicherheit ihres illegalen Status, aber auch die Konsequenz und die Zähigkeit, mit der sie die Widrigkeiten ihres Lebens bewältigen. Moschitz ergreift in seinem Film nicht Partei, doch er wirft eine Menge Fragen über jene Umstände auf, die zu illegaler Einwanderung, persönlicher Entscheidungsfindung und institutionellen Verantwortlichkeiten führen.

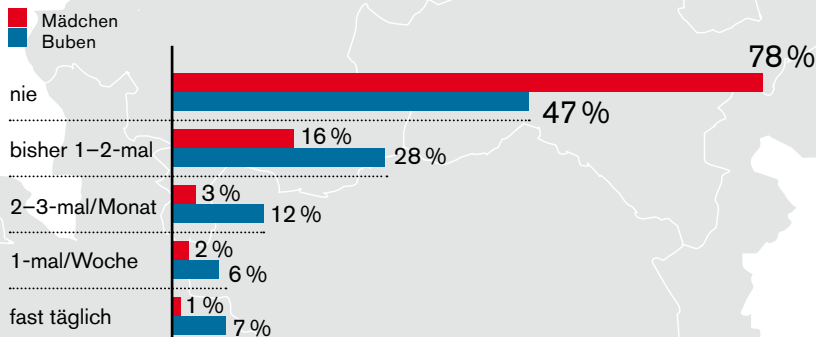
„Mama Illegal“ entführt uns in die Alltagsrealität von Menschen, die unter uns leben und doch unsichtbar bleiben. Der Film macht zum Thema, worüber normalerweise geschwiegen wird. Wo meist Vorurteile und Klischees das Meinungsklima beherrschen, zeigt dieser Film ein Stück authentischer Realität – und überlässt es den Zuschauern, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Ab Ende September im Kino.

Gewalt in der Schule

Nein, geprügelt wird in Österreichs Schulen nicht viel. Weder unter Schülern noch vom Lehrpersonal. Wohl aber gehören Schubsen, Stoßen und Treten zum Alltag: Das ergibt eine Zusatzserhebung der PISA-Studie, die nur in Salzburg durchgeführt wurde. Jeder vierte männliche 15-jährige wird demnach innerhalb eines halben Jahres Opfer von Gewalt. Und jeder dritte ist in diesem Zeitraum zweimal Täter. Interessantes Detail: Bei Mädchen mindert Gewalterfahrung die schulischen Leistungen; bei Buben ist kein solcher Zusammenhang feststellbar.

Schubsen, stoßen, treten



Quelle: PISA-Studie, Die Presse

Zahlen, bitte!

18%

der Österreicherinnen und Österreicher finden Zensur von Medieninhalten richtig – ein bisschen, zumindest: „Es wäre besser, wenn der Staat einen Blick auf Zeitungsinhalte wirft, bevor diese veröffentlicht werden“ – dieser Aussage stimmen sie zu. Das ist ein Ergebnis einer vom VÖZ (Verband Österreichischer Zeitungen) in Auftrag gegebenen Umfrage zum Thema Pressefreiheit. Eine Mehrheit der Befragten ist außerdem der Meinung, der Staat müsse die Unabhängigkeit der Medien mit finanziellen Förderungen erhalten – was den Zeitungsherausgebern sehr gelegen kommt.

92%

der insgesamt 90.000 Menschen Menschen in Gesundheits- und Krankenpflegeberufen sind weiblich. Im Durchschnitt sind sie 38,5 Jahre alt. Doch im Gegensatz zu der viel kleineren Berufsgruppe der Ärzte sind die Pfleger/-innen schlecht vernetzt und haben keine laute Lobby. Obwohl ihre Arbeit immer mehr, immer wichtiger und komplexer wird. „Wir sind darauf konditioniert, die Mängel des Systems zu kompensieren“, sagt Ursula Frohner, Chefin des Pflegeverbands. Und diese Mängel werden immer deutlicher – ebenso wie der Mangel an Pflegekräften selbst. Als ersten Schritt fordert der Verband die Einstellung von mehr Büro-, Reinigungs- und Servicekräften in Spitälern, um das Pflegepersonal zu entlasten.

Was einer vom anderen lernen kann

Man muss hinschauen, wenn andere wegschauen. Und aufstehen, wenn andere vor Schreck erstarren: Das sind die Grundprinzipien des Projekts „Mut zur Vielfalt“, das an den kaufmännischen Schulen des Wiener bfi läuft. 13 Schüler und Schülerinnen ließen sich dabei zu sogenannten „Peer-Trainer(innen)“ ausbilden und halten anschließend für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler Workshops ab, in denen vermittelt wird, wie man sich im Alltag gegen Rassismus und Diskriminierungen zu Wehr setzt. Geleitet wird das Projekt von ZARA, der Organisation für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit. Die meisten der nun ausgebildeten Peer-Trainer(innen) haben vorher am eigenen Leib erlebt, wie sich diskriminierende Erfahrungen anfühlen – und wie sehr sie lähmen können.

Problemzone



ALTERSHEIM. Die Volksanwaltschaft betritt ab Herbst Neuland: Sie wird künftig überprüfen, ob in sozialen Einrichtungen wie Alters-, Pflege-, Behindertenheimen und in psychiatrischen Anstalten die Menschenrechte eingehalten werden. Es soll unangekündigte Besuche in diesen Institutionen geben und untersucht werden, wie es um Medikation und Fixierung, Ausstattung und Hygiene, Betreuungsintensität und Freizeitangebote steht. Ähnliche unangekündigte Überprüfungen gab es bisher schon in Polizeiarresten, Schubhäftanstalten und Gefängnissen, und zwar durch Kommissionen des Menschenrechtsbeirats. Gertrude Brinek, Vorsitzende der Volksanwaltschaft, hat aus einzelnen Institutionen schon gehört, es sei „höchste Zeit, dass wir kommen“ – vor allem wegen der dort herrschenden Personalnot.

Tatort

Was ist los auf der Saualm?

Der Ort ist berüchtigt, und sein Name steht mittlerweile für sämtliche Verfehlungen der österreichischen Asylpolitik in ihrer speziellen Kärntner Spielart. Von Jörg Haider einst als bewachte Sonderanstalt für Asylwerber erdacht, die einer Straftat verdächtig sind (nicht wegen einer solchen verurteilt wurden!), kommt das isoliert gelegene Heim nicht aus den Schagzeilen. Mal ging es um Baumängel, dann um die fehlende Heizung und die schwierige medizinische Versorgung hoch oben auf dem Berg. Zuletzt erzählte eine ehemalige Köchin von unhygienischen Lebensbedingungen und dem verdorbenen, ekelerregenden Essen, das sie den Bewohnern auf Anordnung der Heimleiterin verabreichen musste. Im Rahmen ihrer neuen Befugnisse (siehe Artikel links) will die Volksanwaltschaft nun alle Hebel in Bewegung setzen, um die Anstalt zu überprüfen. „Wir werden nicht lockerlassen“, verspricht die grüne Volksanwältin Tere-



8 fragebogen

Was ist im Leben wirklich wichtig? Was nicht?

Hier kommen Menschen zu Wort, die sonst viel zu selten gefragt werden.



Kavipiya Kavi, 25 Jahre alt, Chiang Mai, Thailand

Woher kommst du?

Aus Myanmar. Ich lebe seit vier Jahren in Thailand. Ich bin wegen des Studiums hierhergekommen. Ich habe an der Universität hier in Chiang Mai Philosophie und Psychologie studiert.

Und seit wann bist du ein Mönch?

Seit 2008, aber ich lebe bereits seit meinem 12. Lebensjahr im Tempel. Die buddhistische Lehre sieht vor, dass jeder Mann einmal im Leben ins Kloster geht. Ich wollte ursprünglich nur ein paar Monate bleiben, aber es hat mir dann so gut gefallen, dass ich mich entschieden habe, zu bleiben.

Was hast du heute gemacht?

Ich bin um fünf Uhr aufgestanden, dann ist Singen, dann Meditation. Das machen wir jeden Morgen so. Dann gehen wir hinaus, um von den Leuten Essen zu sammeln. Danach unterrichte ich die Jünger oder reinige den Tempel, je nachdem, welchen Dienst ich gerade habe. Der Dienstplan ist aber nicht sehr streng. Oft bin ich auch beim Monk Chat, wo uns Besucher des Tempels Fragen stellen können.

Was bedeutet für dich Sicherheit?

Da man sich als Buddhist von Streit, vom Trinken usw. fernhält, lebt man automatisch sicherer. Das hier ist ein sehr sicherer Ort. Aber Mönche können natürlich auch sterben.

Was bedeutet Freiheit für dich?

Wenn man nicht mehr wiedergeboren wird, keine Inkarnation mehr hat: Das ist endgültige Freiheit für einen Buddhisten. Dann gibt es noch die Freiheit, die in diesem beschränkten Leben existiert, die Freiheit von persönlichen Problemen. Als Mönch wird man frei von Gier, Zorn, Hass und Täuschung. Das heißt aber nicht, dass man Mönch werden muss, um frei zu sein.

Was würdest du auf der Welt verändern?

So viele Menschen denken zu viel, machen sich Sorgen. Die buddhistische Meditation würde sie heilen, sie ist wie Medizin.

Was macht dich glücklich?

Glücklich bin ich, wenn ich unterrichte. Oder während der Monk Chats.

Wovor fürchtest du dich?

Vor Autofahrten, seit ich einmal mit dem Nachtbus nach Bangkok gefahren bin. Wir hatten einen schweren Zusammenstoß, der Bus überschlug sich mehrmals. Ich wurde dabei am ganzen Körper verletzt und habe heute noch Narben.

Was ist das Mutigste, was du jemals getan hast?

Alles ist mutig, auch das, dieses Interview zu geben.

Was machst du heute noch?

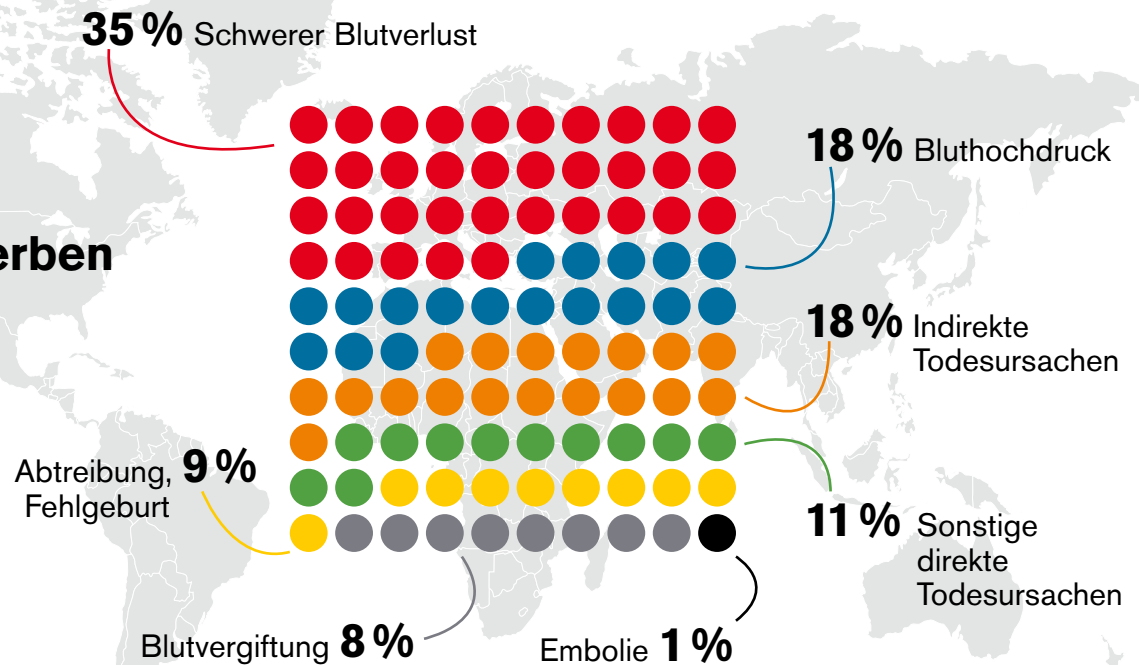
Ich fahre mit dem Nachtbus nach Bangkok, denn ich wurde eingeladen, dort einen Vortrag über die Lehren des Buddhismus zu halten.

Interview und Foto: Barbara Tschann

Woran Mütter sterben

Weltweit sterben jährlich etwa 260.000 Frauen wegen Komplikationen vor, während oder kurz nach einer Geburt. Sehr viele dieser Todesfälle ließen sich vermeiden, wenn beim Gebären medizinisch geschultes Personal anwesend wäre: Hebammen oder Krankenschwestern könnten etwa starke Blutungen stoppen, auf die mehr als ein Drittel aller Todesfälle zurückzuführen sind.

Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung,
Datengrundlage: United Nations



Gelten Menschenrechte auch online?

Menschen sind online oft anders als im wirklichen Leben. Waren, die im Internet sehr attraktiv schienen, sind offline nicht mehr ganz so schön. Aber sind Menschenrechte dieselben, online und offline? Ja, lautet eine wichtige Grundsatzentscheidung, die der Menschenrechtsrat der UNO jüngst einstimmig in einer Resolution angenommen hat. Darin wird klargestellt: Alle Menschenrechte, die offline gelten, müssen von Staaten auch online respektiert werden. Außerdem werden alle Staaten aufgefordert, die digitalen Gräben zwischen den Staaten und innerhalb der einzelnen Staaten zu schließen, damit alle Menschen Zugang zum Internet haben.

Zahlen, bitte!

256.000.000

Dollar muss die amerikanische Hypothekenbank „Countrywide“ zahlen, weil sie von Kunden mit dunklerer Hautfarbe höhere Kreditzinsen verlangte als von jenen mit weißer. Zu diesem interessanten Ergebnis kam das US-Justizministerium, nachdem es 2,5 Millionen Kreditverträge systematisch durchforstet ließ. Dabei wurde offensichtlich, dass Afroamerikaner und Latinos durch überhöhte Zinsen systematisch benachteiligt wurden, auch wenn sie dieselbe Bonität vorweisen konnten wie weiße Amerikaner. Mit der Vergleichssumme von 256 Millionen werden sie nun entschädigt.

Serbien ist auch ein bisschen rumänisch

Serbien will EU-Mitglied werden. Als EU-Mitglied muss das Land den europäischen Standards des Minderheitenschutzes genügen. Da gebe es noch einiges zu verbessern, bemängelt das benachbarte Rumänien – insbesondere, was die rumänischsprachige Minderheit betrifft. Die Volkszählung von 2002 weist in Serbien 35.000 Rumänen und 40.000 Walachen aus, die ebenfalls Rumänisch sprechen. Die meisten von ihnen leben im Timok-Tal nahe der rumänisch-bulgarischen Grenze. Rumänien behauptet, es seien noch weit mehr, nämlich eine Viertelmillion. Es fordert für die Walachen die Anerkennung als Minderheit, Unterricht in ihrer Muttersprache sowie staatliche Förderung rumänischsprachiger Medienangebote. Erst dann will es dem EU-Kandidatenstatus Serbiens zustimmen.

Tatort



INDIEN. Mahatma Gandhi, der historische Staatsheld Indiens, lehrte Gewaltfreiheit. Lange wurde das Land von einer Frau regiert. Doch sobald es um Frauen im Alltag geht, kann in Indien von Frauenrechten und Gewaltfreiheit nicht die Rede sein. Laut einer vergleichenden Studie der Thomson Reuters Foundation ist Indien das frauenfeindlichste Land unter den 20 großen Industrienationen – obwohl auf dem Papier Gleichberechtigung herrscht. Die Diskriminierung beginnt schon vor der Geburt: Zehntausende Föten werden jedes Jahr abgetrieben, weil sie weiblich sind. Fast 45 Prozent aller Mädchen werden verheiratet, ehe sie 18 Jahre alt sind, oft gegen ihren Willen und oft für Geld. Und jede Stunde wird eine Frau wegen Mitgift-Streitereien ermordet.

Problemzone Ukraine

Nur wenige ukrainische Medien berichten kritisch über ihr eigenes Land. Der Fernsehsender „TV1“ und die Internetzeitung „LB.ua“ waren zwei davon. Beide wurden Ende Juli in elf Großstädten von den Behörden abgedreht, ohne Vorwarnung. Gleichzeitig wurden strafrechtliche Anzeigen erstattet. Gegen mehrere Journalisten laufen Ermittlungen. Sonja Koschkin, die Chefredakteurin von LB, die sich derzeit im Ausland aufhält, wagt sich seither nicht in die Ukraine zurück. Offenbar verfolgt die Regierung eine Strategie der Gleichschaltung. Schon in den vergangenen zwei Jahren wurden mehrere Regionalmedien auf Linie gebracht.



Ein Fernsehsender und eine Internetzeitung wurden ohne Vorwarnung abgedreht.

Drei Mädchen und ein Trauma.

Eine kosovarische Familie suchte Zuflucht in Österreich. Doch die Polizei holte sie frühmorgens aus dem Bett und schickte sie zurück. Ein Hausbesuch. Von Thomas Schmidinger, Rapča



Najla, Elsa, Almeida und die Eltern: Es gibt keine Schule mehr und kein eigenes Haus

„Mitten in der Nacht weckt man uns auf. Wir Kinder wissen nicht, warum wir verhaftet werden. Wir sehen unsere Eltern nicht und dürfen nicht mit ihnen sprechen. Niemand sagt uns, was los ist.“

„Ich träume heute noch manchmal davon!“, würgt die vierzehn Jahre alte Najla Bajrami aus sich heraus. Man sieht ihr an, dass sie sich nicht gern an jene Nacht erinnert, in der sie und ihre älteren Schwestern Elsa und Almeida um sechs Uhr morgens von österreichischen Polizisten aus dem Schlaf gerissen wurden.

Damals, am 20. März 2008, war das Mädchen noch keine zehn. Sie und ihre Schwestern schliefen gemeinsam in einem Zimmer. Die Polizei ließ sie nicht mehr zu ihren Eltern. „Stellen Sie sich vor: Mitten in der Nacht weckt man uns auf. Wir Kinder wissen nicht, warum wir verhaftet werden. Wir sehen unsere Eltern nicht und dürfen nicht mit ihnen sprechen. Niemand sagt uns, was los ist.“ Najla spricht heute noch in abgehackten Sätzen, wenn sie davon erzählt. Und das liegt nicht an ihrem Deutsch, das sie mindestens genauso gut beherrscht wie ihre Muttersprache, das Našinski der Goranci, einer slawisch-muslimischen Minderheit, die im Dreiländereck zwischen Kosovo, Albanien und Mazedonien lebt.

In dieser wunderschönen, aber abgelegenen Bergregion kamen die „Bergler“, wie man „Goranci“ übersetzen könnte, erstmals vor hundert Jahren zwischen die Fronten der neuen Nationalstaaten. Ihre Dörfer fanden sich auf beiden Seiten der neuen serbisch-albanischen Grenze wieder. In den 1990er Jahren gerieten die kosovarischen Goranci in die nationalistischen Zerfallskonflikte Jugoslawiens. Als kleine Minderheit ohne politisches und ökonomisches Gewicht bemühten sie sich stets, unauffällige und loyale Staatsbürger zu sein. Das blieben sie auch, als das von Milošević geführte Restjugoslawien in einen immer gewaltsameren Konflikt im Kosovo verwickelt wurde. Die meisten Goranci versuchten sich herauszuhalten. Allerdings wurden sie, im Gegensatz zu den Albanern, zum Wehrdienst einberufen. Nachdem das Milošević-Regime die meisten Albaner aus ihren Jobs geworfen hatte, wurden deren Stellen mit Angehörigen der Minderheiten besetzt.

Kein Wunder, dass die Albaner nach dem Ende des Kriegs die Goranci als Verbündete der Serben wahrnahmen. In einigen Dörfern kam es zu Racheakten. Ehemalige Angehörige der Armee und der Polizei mussten um ihr Leben fürchten.

Tausende Goranci suchten ab 1999 Zuflucht in Serbien, aber auch in Westeuropa. In Serbien wurden sie nämlich keineswegs mit offenen Armen empfangen. Der stark mit der serbisch-orthodoxen Kirche verbundene serbische Nationalismus sah in den ehemaligen Waffenbrüdern eher Muslime als Slawen.

Einer jener, die im Krieg auf der serbischen Seite eingesetzt waren, war Najlas Vater, Jasim Bajrami. Als Reservist der jugoslawischen Armee verhaftete er 1998 vier albanische Guerilleros. Seither fürchten er und seine Familie sich vor der Rache der Angehörigen. Diese Furcht ist nicht unbegründet. Der Kosovo ist immer noch weit davon entfernt, ein Rechtsstaat zu sein.

Familie Bajrami wartete trotzdem zu und hoffte, dass sich die Situation verbessern würde. Als die Drohungen nicht aufhörten, floh die Familie 2006 nach Österreich und erhielt nach vier Monaten einen negativen Asylbescheid. Nachdem der Antrag auch höchstgerichtlich abgelehnt worden war, stürmte die Polizei schließlich im März 2008 das Asylheim in Mühldorf bei Krems, in dem die Familie untergebracht war.

Zwar gelang es der Familie mit Hilfe eines Anwalts, bereits nach vier Stunden wieder freizukommen. Die Traumatisierung der drei Mädchen aber blieb. Insbesondere Elsa, die Älteste, und Najla, die Jüngste, wirken bis heute verschüchtert. „Wir wurden wie Kriminelle eingesperrt!“, sagt Elsa. Und erzählt, wie sich die Mädchen sogar nackt ausziehen mussten.

Ein neues Asylverfahren ermöglichte der Familie, noch siebzehn Monate in Österreich zu bleiben. Die Familie bemühte sich in dieser Zeit sehr um Integration. Jasim Bajrami übersetzte regelmäßig bei den Ärzten und Zahnärzten in der Gemeinde. 2009 berichteten die Niederösterreichischen Nachrichten über seinen selbstlosen Einsatz bei der Hilfe für die Hochwasseropfer an der Donau.

Nachdem allerdings der Asylantrag auch im zweiten Asylverfahren abgelehnt wurde, überredete der vom Innenministerium finanzierte „Verein Menschenrechte Österreich“ (VMO) Jasim Bajrami zur freiwilligen Rückkehr in den Kosovo: „Die sind zu uns gekommen und haben gesagt, dass wir in Handschellen abgeführt, eingesperrt und gewaltsam zurückgebracht werden, wenn wir nicht unterschreiben.“ Da seine Töchter schon von der letzten Verhaftung traumatisiert waren, wollte Jasim Bajrami ihnen das ersparen. Zehn Tage später saß die Familie im Flugzeug in den Kosovo.

Die Familie ist seither die einzige in Rapča, die kein eigenes Haus besitzt und in Untermiete wohnen muss. Für die beiden älteren Töchter ist die Schulzeit nach neun Jahren bereits vorbei. Die Familie hat zu viel Angst, die Töchter in eine weiterführende Schule in das ethnisch gemischte Dragaš oder nach Prizren gehen zu lassen. Arbeit gibt es keine im Dorf. Elsa und Almeida langweilen sich zu Hause zu Tode. Nur Najla darf noch ein Jahr in die Schule gehen.

Mit ihren österreichischen Schulfreundinnen sind die Mädchen noch über Facebook in Kontakt. „Die verstehen auch nicht, warum wir gehen mussten“, sagt Najla. „Ich vermisse sie, und sie vermissen uns.“

Wir machen zum Thema,
was nicht vergessen werden darf.
Liga – das Magazin der Österreichischen
Liga für Menschenrechte
Bestellen Sie jetzt.

Tel. +43/1/523 63 17

office@liga.or.at

www.liga.or.at



Was noch gesagt werden muss.

Über uns, unseren Umgang mit den Menschenrechten sowie kleine und große Unachtsamkeiten im Alltag.

Ein Sommerscherz?

Nein, auch Nackte haben Rechte

Von Georg Bürstmayr



Eigentlich war es nur eine Sommerlochmeldung: Die Wiener Polizei befahl das Abschleppen Dutzender Autos, die auf der Donauinsel eine Busstation zugestellt hatten. Gemeinsam mit diesen Autos wurde aber auch das Gewand etlicher Falschparker weggebracht – weil dort, im Süden der Donauinsel, nämlich traditionell nackt gebadet wird und viele ihre Kleidung gleich in ihren PKWs lassen, bevor es ins Wasser geht. Proteste waren vergeblich, die

FKKler hatten Pech, ihre Klamotten waren weg. Wie sie tatsächlich nach Hause gekommen sind, wird nicht berichtet, das durfte sich die geneigte Leserschaft grinsend ausmalen.

Der „Witz“ liegt – wie häufig – in einem Tabuverstoß: Nacktheit mag an manchen Ufern der Donau akzeptiert sein, im Rest der Stadt ist sie eines der letzten absoluten No-Nos – nicht umsonst ist der Albtraum vom Verlust der Kleidung in der Öffentlichkeit so weit verbreitet. Wer sich an einem FKK-Strand freiwillig auszieht, verzichtet denn auch nicht auf jegliche Kleidung in allen anderen Teilen der Stadt. Mehr Erniedrigung, als in der Öffentlichkeit wider Willen nackt sein zu müssen, ist in unseren Breiten kaum vorstellbar. Da könnte man auch ganz humorlos fragen: Wurde diese Erniedrigung etwa gar gezielt, sozusagen aus „pädagogischen Gründen“, eingesetzt?

Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verbietet es Österreichs Verwaltung und Polizei unter allen Umständen, Menschen erniedrigend zu behandeln oder zu bestrafen. Direkt neben einem stadtbekannten FKK-Strand ist aber die Annahme naheliegend, dass PKW-Besitzer (auch die, die falsch parken) ihre Bekleidung im Auto liegen lassen.

Zweifellos ist es mehr als nur ärgerlich, wenn Autos illegal ganze Busstationen zuparken. Zweifellos hat der Staat das Recht und die Pflicht, Parkverbote durchzusetzen, auch dadurch, dass solche PKWs

Wurde diese Erniedrigung etwa gar gezielt, sozusagen aus pädagogischen Gründen, eingesetzt?

abgeschleppt werden. Aber ebenso zweifellos haben der österreichische Staat und seine Polizei sich Gedanken über die konkreten möglichen Folgen ihres Handelns zu machen.

Wenn absehbar ist, dass Handlungen zur Rechtsdurchsetzung dazu führen, dass „Täter“ (besser: „Verdächtige“) als unmittelbare Folge dieses Handelns auf menschenunwürdige Art erniedrigt werden, dann haben Verwaltung und Polizei innezuhalten – und nach Möglichkeiten zu suchen, diese Amtshandlung ohne diese Konsequenz durchzuführen. Lässt sich das nicht machen, dann hat die Amtshandlung zu unterbleiben, sonst wird Verfassungsrecht gebrochen. Das gilt schon für Menschen, die der Vergewaltigung oder des Mordes überführt sind, noch mehr für jene, die verdächtig (!) sind, falsch geparkt zu haben.

Man muss nicht immer gleich „Menschenrechtsverletzung“ schreien, aber, Herrschaften: Das hätte euch doch schon der bloße Anstand sagen können, dass man eine Amtshandlung nicht so führt, dass Menschen nackt zurückbleiben, oder?

Georg Bürstmayr ist Rechtsanwalt in Wien.

Die weißen Westen, die so weiß sind, dass sie blenden

Von Simone Schönett



Eigenverantwortung wird großgeschrieben, zumindest, wenn es um Umweltschutz geht. In anderen Bereichen ist diese Haltung aber eher nicht so en vogue. Wie man in den vergangenen Monaten an jenen sah, die allesamt ihre Unschuld beteuerten und die selbst für die größten (geschossenen oder nicht geschossenen) Böcke niemals Verantwortung übernehmen. All diese Männer in ihren blütenweißen Hemden, die einander gern Gefälligkeiten er-

weisen, um sich dann – alles saubere Geschäfte, bloß schmutzige Vorwürfe – moralisch reinzuwaschen: Sie eignen sich auch bestens, um zu zeigen, warum es immer noch „saubere Weste“ heißt – und nicht etwa „sauberes Kleid“.

Allerdings muss schmutzige Wäsche immer irgendwann von irgendwem gewaschen werden. Die politische Wäsche, aber auch jede andere. Wobei die supermega- oder Oxy-sauberen Werbeversprechen der Waschmittelindustrie den Sprüchen der oben genannten Männer schon frappant ähneln, in der Geisteshaltung. Bedeutend ist, hier wie dort,

Das, was uns verspricht, unsere Wäsche vom Schmutz zu befreien, verursacht erst recht welchen.

was nicht ausdrücklich gesagt wird. Und natürlich das Kleingedruckte, das man nie so genau liest. Im Fall von Waschmitteln handelt es sich dabei um optische Aufheller, Perborate, petrochemische Tenside, gentechnisch behandelte Enzyme oder waschaktive Alkylbenzolsulfonate. Das sind Schadstoffe – und nicht etwa, wie uns suggeriert wird, „reine“ Schmutztilger.

Soll heißen: Das, was uns verspricht, unsere Wäsche vom Schmutz zu befreien, verursacht erst recht welchen. Anderen Schmutz, hygienischen, chemischen, scheinbar besseren. Besser wirksam ist dieser Schmutz jedenfalls. Und sehr viel haltbarer. Eigentlich unbegreiflich, dass so ein Dreck überhaupt verkauft werden darf. Doch das geht leicht und ist sehr gewinnbringend. Verantwortung für die Umwelt wird auch hier nicht übernommen, und wenn, dann ist sie bloß ein Lippenbekenntnis. Kein Wort über die giftigen Schadstoffe, die mit dem Klärschlamm aufs Feld und dann zurück ins Trinkwasser gelangen. Und nichts über den Zusammenhang zwischen Waschmitteln und Allergien.

In der Politik wie beim Waschen gilt: Bloß nie das Kleingedruckte lesen. Und natürlich nie an eine mögliche Schädigung der nachfolgenden Generationen denken. Hauptsache ist, man(n) steht als richtiger „Blender“ da, ganz wie die optischen Aufheller im Waschmittel, Natriumcarbonat oder Natriumsulfat. Auch die verschwinden nicht so schnell. Sind nicht abbaubar. Und führen zur Versalzung von Gewässern.

Angesichts einer chemischen Industrie, die weltweit 10 % des Erdöls verbraucht und es schafft, mit nachweislich schädigenden Substanzen so ziemlich alle unsere Reinheitsphantasien zu nähren, hat Nachhaltigkeit halt kaum ein Leiberl. Zumal das Werbeversprechen ja neuerdings sogar heißt: Nicht nur der sichtbare, auch der unsichtbare Schmutz ist gefährlich. Und kann beseitigt werden. Ein Sauberkeitskonzept, vor dem mir nicht nur beim Wäschewaschen immer mehr graust ...

Simone Schönett ist Schriftstellerin in Kärnten.

Eben erschien ihre Novelle „Oberton und Underground“ (Edition Meerauge).

Manchmal redet der Faulste am allermeisten

Von Franz-Joseph Huainigg



Heuer hatte ich die Ehre, den Wanderpokal für parlamentarische Faulheit zu bekommen. Die Zeitung „Österreich“ hat mich in ihrem Ranking als achtfaulten Abgeordneten im Nationalrat angeführt. Ich muss ehrlich sagen, dass mich diese Wertung meiner politischen Tätigkeit getroffen hat.

Kurz darauf hat sich „Österreich“ tatsächlich bei mir entschuldigt. Die Chefredaktion sprach von einem „Ausrutscher“, eigentlich wollten sie mich aufgrund meiner Behinderung überhaupt aus der Wertung nehmen. Doch das wäre, aus meiner Sicht, dann wirklich eine Diskriminierung gewesen. Denn ich möchte nicht aufgrund meiner Behinderung besonders behandelt oder mit journalistischen Samthandschuhen angefasst werden.

Positiv daran ist, dass es zu einer längst überfälligen Diskussion über diese Art von Listen gekommen ist. Denn die entscheidende Frage ist, ob die Kriterien, die hier angewendet werden, für eine objektive Beurteilung der Tätigkeit einer Abgeordneten, eines Abgeordneten überhaupt geeignet sind. Meiner Meinung nach sind sie das nicht. Aus folgenden Gründen:

Die Anzahl der Reden sagt nichts über deren Wirkmächtigkeit aus. Viel reden kann auch ein Ergebnis von Faulheit sein! Hingegen kann eine sehr durchdachte und gut vorbereitete Rede ein guter Baustein für eine Reform sein. Die Anzahl der Anträge, die ein Abgeordneter stellt, kann bloß der Beamtenbeschäftigung dienen und Geld verschwenden. Oder aber ein Antrag greift wesentliche Fragen auf und fördert wichtige Informationen zutage.

Auch die Anzahl an Ausschussmitgliedschaften allein sagt nichts über die Qualität der dort geleisteten Arbeit aus.

Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass die Handlungsspielräume und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Abgeordneten unterschiedlich sind, je nachdem, ob sie einer Regierungs- oder einer Oppositionspartei angehören. Für die Frage, in wie vielen Ausschüssen ein Abgeordneter/eine Abgeordnete sitzt, ist schließlich die Größe eines Klubs entscheidend.

Die statistisch gezählte Aktivität sagt nichts über die Arbeit und das politische Engagement eines Abgeordneten aus.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die statistisch gezählte Aktivität sagt nichts über dahinter stehende Arbeit und das politische Engagement aus – und noch weniger darüber, was für die Bevölkerung eigentlich erreicht werden konnte.

Die Tätigkeit einer Politikerin, eines Politikers beschränkt sich nicht auf die Sitzungs- und Redezeiten im Parlament. Ein wesentlicher Teil sind der landesweite Einsatz für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die Wahlkreisarbeit, Beratungsgespräche, Ausarbeitung von Projekten und neuen Gesetzen, Entwicklung von Lösungsstrategien, Publikationen etc. All das fand im Ranking überhaupt keine Berücksichtigung! Als ob man bei einer Chefredakteurin nur die Anzahl der geschriebenen Artikel, bei einem Arzt nur die Menge an verschriebenen Arzneimitteln zählen oder die Leistung eines Kindergärtnerpädagogen bloß nach der Anzahl der gewechselten Windeln beurteilen würde.

Es geht mir nicht darum, aufgrund von Mitleid oder meiner angeblich geringeren Leistungsfähigkeit aus der Wertung genommen zu werden, sondern um fairere, aussagekräftigere und weniger populistisch gewählte Beurteilungskriterien. Wenn ich dann auch noch unter den Top-Faulenzern bin, werde ich den Pokal entgegennehmen.

Franz-Joseph Huainigg ist Nationalratsabgeordneter und Behindertensprecher der ÖVP.

Kümmert euch gefälligst um eure eigene Vorhaut!

Von Thomas Schmidinger

Ein juristisch zweifelhaftes Urteil des Landgerichts Köln, das die Beschneidung eines Knaben als Körperverletzung wertete, führte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich zu einer heftigen Debatte über die im Judentum vorgeschriebene und im Islam traditionell praktizierte Zirkumzision. Seither schüren atheistische Fundamentalisten alte Ressentiments gegenüber Juden und Muslimen.

Dabei handelt es sich bei der Beschneidung der Vorhaut um einen kleinen Eingriff, der keinerlei gesundheitliche oder sexuelle Nachteile hat. Laut zahlreichen wissenschaftlichen Studien und aus Sicht der WHO hat die Beschneidung sogar eine Reihe von gesundheitlichen Vorteilen. Wer – wie die Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ oder einige atheistische Vereinigungen – diese harmlose Praxis mit weiblicher Genitalverstümmelung gleichsetzt, verharmlost Letzteres sträflich.

Der so genannte „Neue Atheismus“, der im Namen der Menschenrechte nun gegen religiöse Minderheiten hetzt, hat mit dem historisch mit der Arbeiterbewegung und der Aufklärung verbundenen herrschaftskritischen Atheismus wenig gemeinsam. Es handelt sich dabei vielmehr um einen biologistischen Antitheismus, der das „Survival of the Fittest“ auch zum gesellschaftlichen Maßstab erklärt und damit perfekt mit einer neoliberalen, herrschaftsapologetischen Haltung verknüpft werden kann.

Noch nie habe ich mich in diesem meinem Land so fremd gefühlt wie in den letzten Wochen.

Deshalb ist es kein Wunder, dass sich die Vertreter und Vertreterinnen dieses „Neuen Atheismus“ nun auch des Staates bedienen wollen, um gegen religiöse Minderheiten vorzugehen – und dabei auf Argumentationsmuster von angeblich barbarischen oder archaischen Ritualen zurückgreifen, die tief im antisemitischen Denken wurzeln.

Auch wenn die Forderungen dieser fundamentalistischen Atheist(inn)en derzeit in Österreich mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt sind, so hat deren Diskurs bereits heute zur Vergiftung des öffentlichen Klimas beigetragen. Muslime und Juden wurden wochenlang an den Pranger gestellt, beschuldigt, ihre Kinder „verstümmeln“ zu lassen, und als blutrünstige Monster dargestellt.

Ich bin weder jüdisch noch muslimisch, allerdings ebenfalls seit meiner Kindheit beschnitten und habe dies nie als Nachteil erlebt. Sehr wohl habe ich allerdings bereits als Kind instinktiv mitbekommen, dass man darüber in der Öffentlichkeit besser nicht redet, da es in diesem Land nicht von Vorteil ist, anders als die Mehrheit zu sein. Noch nie habe ich mich in diesem meinem Land aber so fremd gefühlt wie in den letzten Wochen, als mir in Zeitungsartikeln, Facebook-Kommentaren und Fernsehtalkshows versucht wurde einzureden, ich wäre „verstümmelt“ oder mein Penis wäre „teilamputiert“.

Wenn ich mich mittlerweile dermaßen befremdet fühle, wie mag es dann meinen muslimischen und jüdischen Freunden gehen? Ihr arischen Beschützer jüdischer und muslimischer Vorhäute: Kümmert euch um eure eigene Vorhaut und lasst uns in Ruhe!

Thomas Schmidinger ist Politikwissenschaftler in Wien.

金地·名京

Lesbisch sein in China: Einfach ist das nicht. Und doch lebt und vibriert die Szene im Untergrund. Der Fotograf Fabian Weiss hat die 29-jährige Xiao und einige ihrer Freundinnen besucht und ihren Alltag in Beijing dokumentiert. Ein Report.



16 portfolio



Lala Shalong heißt der älteste Lesbenclub in Beijing. Von seinen Fenstern aus sieht man weit über die Lichter der Großstadt. Für viele junge Frauen ist das Lala der einzige Ort, an dem sie ihre Gefühle und ihre Sexualität frei leben können und sich nicht verstellen müssen. Eben feierte dieser Club mit einem großen Fest siebenten Geburtstag.



Party im Lala. Es wird, wie so oft, eine lange Nacht werden. Ein Tomboy spielt Billard, eine anderer hat sich verkleidet. In der chinesischen Lesbenszene herrscht immer noch eine ziemlich strikte Unterscheidung – eine Frau ist entweder ein „T“ oder eine „P“ : T steht für „Tomboy“, P für „Pure Lesbian“



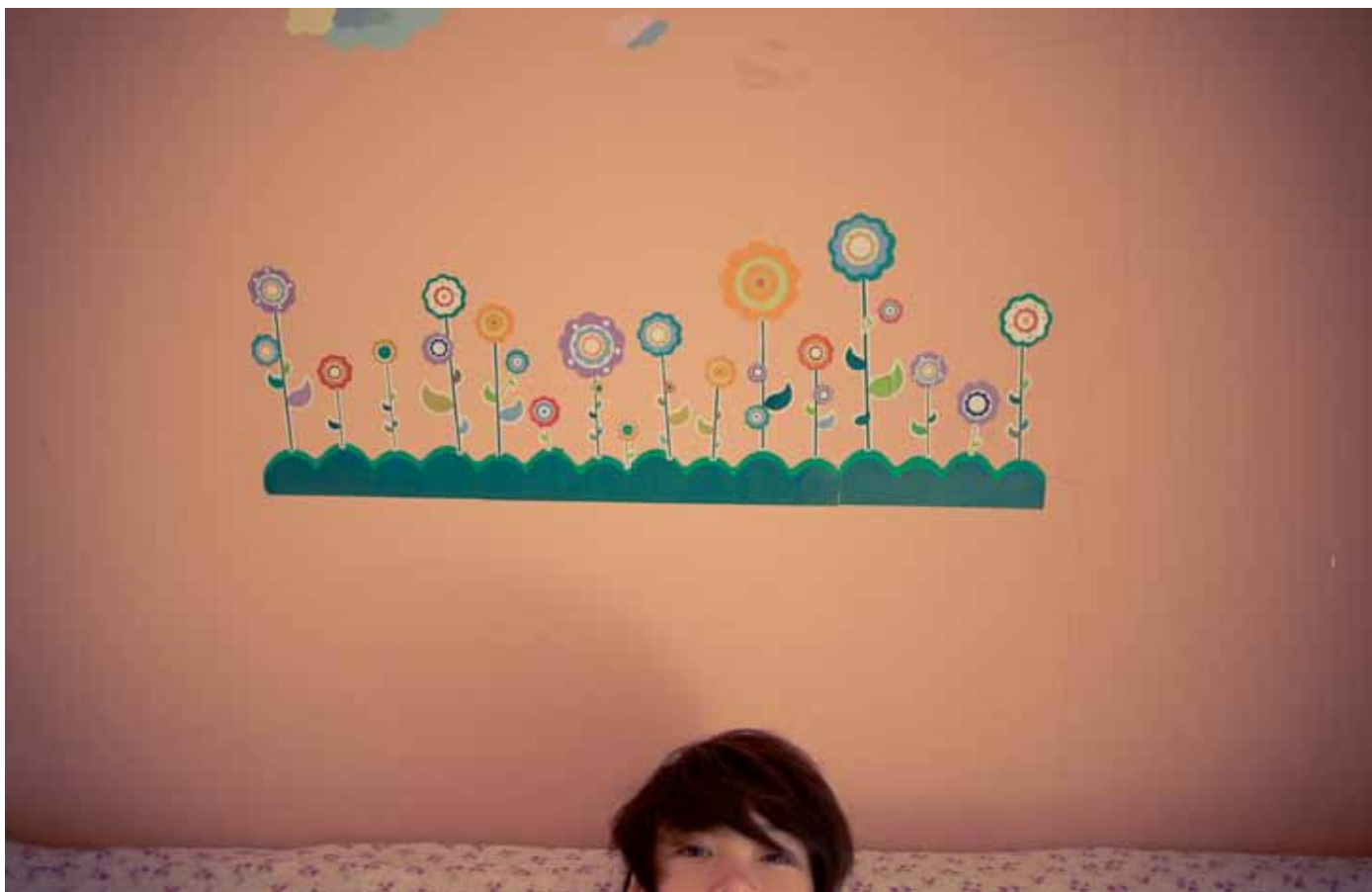
Betty, 51, und Spring, 32, können einander nur wenige Tage im Jahr treffen, in einem Hotelzimmer. Sie haben einander online kennengelernt. Spring will sich von ihrem Mann scheiden lassen. Aber sie zögert, weil sie ihren fünfjährigen Sohn nicht verlieren will.



20 portfolio



Xiao ist 29 Jahre alt und frisch geschieden. Nur ihre Eltern wissen über ihre sexuelle Orientierung Bescheid, aber sie haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass sich Xiao vielleicht doch noch einmal in einen Mann verliebt. Xiaos Freundin ist eben zum ersten Mal zu Besuch in ihre neue Wohnung gekommen.



Xi lebt in der Großstadt, weit weg von ihrer Mutter. Aber weil die Beziehung so stark ist, hat sie sich die Mutter Maria auf den Unterarm tätowiert. Xi verdient nur 300 Euro im Monat, das meiste davon geht für die Miete der Wohnung drauf. Dennoch versucht sie jeden Monat, etwas Geld beiseitezulegen und der Mama nach Hause zu schicken.

Working Poor. Das Wort stammt aus Amerika. Aber das Phänomen kennt auch Österreich: Wenn Arbeit nicht vor Armut schützt. Und der Lohn nicht zum Leben reicht.

Ich-AGs

Selbstständig? Scheinselbstständig!

Selbstständig sein kann eine schöne Sache sein. Es bedeutet: Herr oder Herrin über den eigenen Tagesablauf sein. Selbst entscheiden, wann man morgens aufsteht. Sich die Zeit selbst einteilen und bei jedem Auftrag „ja“ oder „nein“ sagen können. Doch nicht jede Selbstständigkeit ist frei gewählt – und nicht jeder Selbstständige kann diese Vorteile genießen. Entweder weil der Existenzdruck zu groß ist. Oder weil er zwar nicht vom Arbeitgeber, wohl aber vom Auftraggeber abhängig ist – womöglich gar von einem einzigen Auftraggeber. Dann spricht man nicht von Selbstständigkeit, sondern von Scheinselbstständigkeit.

30.000 Scheinselbstständige gibt es in Österreich – zumindest nach der Zählung der Arbeiterkammer. Darunter versteht sie Menschen, die eigentlich ein Recht auf Anstellung haben, von ihren Arbeitgebern jedoch aus Kostengründen ins Unternehmerdasein gedrängt werden, samt allen damit verbundenen Unannehmlichkeiten: Sie haben schwankende Einkommen, müssen sich selbst um ihre Versicherung kümmern, Selbstbehalte bei Arztbesuchen zahlen und bekommen kaum Karenz- und Arbeitslosengeld. „Hier werden Notlagen ausgenützt“, sagt die AK. Ihre Liste der Scheinselbstständigen reicht von Anzeigenvertretern und Asphaltierern über Kanalräumer und Garderobenfrauen bis hin zu Putz- und Pflegekräften: Überall hier sei man „in eine größere Organisation eingebunden“.

Die Wirtschaftskammer sieht das nicht ganz so dramatisch, und hat andere Zahlen. Unbestritten ist, dass die Zahl der „freien Dienstnehmer“ nach rasanten Steigerungsraten wieder rückläufig ist. Wahrscheinlich deswegen, weil es in zwei Problembereichen, in Callcentern und in der Erwachsenenbildung, nun stärkere Kontrollen gibt.

USA

Mindestlohn für den Bürgermeister

Scranton im US-Bundesstaat Pennsylvania ist eine kleine Stadt mit einem großen Finanzproblem. Als Bürgermeister Christopher A. Doherty jüngst auf das Konto der Stadtkasse blickte und dort nur noch 5000 Dollar lagen, zog er die Notbremse – und reduzierte den Lohn sämtlicher kommunaler Angestellter ohne Vorwarnung auf den staatlichen Mindestlohn von 7,25 Dollar pro Stunde. Ab sofort.



Sich selbst nahm er dabei nicht aus, ebenso wenig wie Polizisten und Feuerwehrleute. Es sei ihm nichts anderes übriggeblieben, rechtfertigte sich Doherty – wenn er stattdessen wichtige kommunale Infrastruktur stillgelegt hätte, wären womöglich Bürger gefährdet gewesen.



Definitionen

Was heißt hier „prekär“?

Als „prekär beschäftigt“ gelten einerseits Personen, die im Verlauf des Referenzjahres weniger als 10 Monate teilzeit- oder vollzeit oder für weniger als 12 Wochenstunden beschäftigt waren. Andererseits werden auch durch Werk- oder freie Dienstverträge geregelte Beschäftigungsverhältnisse sowie Niedriglohnbeschäftigung gezählt. Als „niedriglohnbeschäftigt“ gelten alle unselbstständig beschäftigten Personen (ohne Lehrlinge) mit einer Normalarbeitszeit von über 12 Stunden pro Woche, deren Stundenlohn brutto weniger als 5,77 Euro beträgt. Selbst bei Vollzeitbeschäftigung (40 Stunden) würde mit diesem Stundenlohn kein Monatslohn von 1000 Euro zusammenkommen.

Statistik

Zahlen, bitte!

In Österreich leben 206.000 Menschen in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz – und die der Kinder – zu sichern (Statistisches Jahrbuch Österreichs, 2012).

Ursache für Armut trotz Erwerbstätigkeit kann eine Teilzeitbeschäftigung, nicht ganzjährige oder gering entlohnte Tätigkeit, oder auch die Haushaltssituation sein (wenn mit einem Einkommen mehrere Personen erhalten werden müssen).

70 % der 127.000 ganzjährig erwerbstätigen Working Poor waren vollzeitbeschäftigt. Personen mit Normalarbeitsverhältnissen bilden somit die größte Gruppe unter den armutsgefährdeten Erwerbstätigen im Erwerbsalter. Selbstständige machen 19 % aller Working Poor aus, sie tragen mit 9 % ein höheres Armutsrisiko als unselbstständig Erwerbstätige (4 %).

Etwas weniger als die Hälfte der „working poor“ (48%) sind über 39 Jahre alt, befinden sich also nicht mehr am Beginn ihrer Erwerbslaufbahn. Fast drei Viertel der „working poor“ haben keine Matura. Hilfsarbeiter im Erwerbsalter sind mehr als doppelt so häufig armutsgefährdet wie Facharbeiter, die wiederum eine fast doppelt so hohe Armutsgefährdungsquote aufweisen wie Erwerbstätige mit mittlerer Tätigkeit.

Sozialhilfe

Wenn Lücken gestopft werden müssen

Es ist ein sperriges, ein verräterisches Wort. „Sozialhilfe“ bekommt, wer so wenig verdient, dass das Einkommen unter dem Niveau der Sozialhilfe liegt. Die Inanspruchnahme dieser Richtsatzergänzungen hat laut Daten der Statistik Austria in den letzten Jahren rasant zugenommen, in Wien werden sie mittlerweile an zwei Drittel der Mindestsicherungsbezieher ausbezahlt.

Ein niedriges Erwerbseinkommen schlägt sich jedoch auch in nicht existenzsichernden Sozialleistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pension nieder. Wer sein Leben lang in prekären Jobs arbeitet, wird keine existenzsichernde Pension zusammenbekommen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sind so gering, dass man im Falle von Jobverlust davon keinen Tag überleben kann.

In Österreich sind über 100.000 Menschen nicht krankenversichert, das sind fast 2 % der Wohnbevölkerung.



Das Standardwerk zum Thema stammt von Martin Schenk und Michaela Moser: **Es reicht!**

Für alle! Wege aus der Armut. Erschienen 2010 im Verlag Deuticke, € 19,90

Menschen am Markt.

Auch der Arbeitsmarkt ist ein Markt. Doch was hier feilgeboten wird, sind keine Produkte, sondern menschliche Wesen. Von Michael Bernert

Eine Kleinstadt in Tirol. Jeden Samstagvormittag geschäftiges Treiben. An zehn Ständen mit Produkten der regionalen Landwirtschaft bilden sich fast überall Schlangen. Dazwischen finden sich Gruppen von Menschen für eine Plauderei zusammen, oft Bekannte, die sich schon länger nicht gesehen haben und Neuigkeiten austauschen. Schauen, Grüßen, Scherzen: ein Markt wie aus dem Bilderbuch.

Szenenwechsel. Eine Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Wien. Alles neu und ordentlich, die Stelle ist noch kein Jahr in Betrieb. Neben dem Schalter, an dem behördliche Aufgaben geregelt werden, sitzen an kleinen Computertischen drei Leute, die sich bewerben wollen. Sie werden von den Passanten auf der belebten Straße durch die Fensterscheiben angeschaut, auch von jenen Menschen, die auf die Bearbeitung ihrer Formulare warten. Sie konzentrieren sich auf den Bildschirm. Darauf, einen neuen Arbeitsplatz, eine Existenzgrundlage zu finden. Gespräche finden kaum statt.

Arbeitslosigkeit ist anderen Krisensituationen vergleichbar, in der die Phasen Schock, emotionale Reaktion, Verarbeitung und Neuorientierung durchlaufen werden. Das Arbeitslosengeld wird von Beginn an ausgezahlt, alle anderen Unterstützungsleistungen der öffentlichen Hand setzen üblicherweise jedoch erst nach einem halben Jahr ein, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Krise oft schon chronifiziert ist.

Die materiellen Eigenmittel des Suchenden sind da schon knapp geworden, das Selbstwertgefühl und die Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Die Mittel des AMS scheinen ebenfalls knapp, unterstützt wird vor allem durch Schulungs- und Lernmaßnahmen. Der Arbeitssuchende erscheint so als defizitbehaftetes Wesen. Neuer Mut und neue Pläne würden aber eher durch Wertschätzung, Empathie und Klarheit fördert.

Eine Selbsthilfegruppe für ältere Arbeitssuchende in Wien nennt sich „Zum Alten Eisen“. Das Kriterium der Nutzbarkeit ist ein Begriff, der von Waren auf Menschen ausgeweitet wor-

Der Mensch mit seinen Anerkennungs- und Gestaltungsbedürfnissen muss hinter den Bedürfnissen der Wirtschaftstreibenden zurückstehen:



Jeder ist allein in seiner Existenz mit seinen Zielen. Scheu und Abgrenzung liegen über der Szene.

Arbeitssuchende schreiben unzählige Bewerbungen. Sie antworten meist auf Ausschreibungen. Das Recherchieren, Auswählen und Selbstdarstellen für den möglichen Arbeitgeber ist geistige Arbeit, die meist daheim und ohne viel Austausch mit anderen geleistet wird. Diese Arbeit wird selbstständig definiert und eingeteilt, das Leistungsergebnis – wie etwa ein Vorstellungsgespräch – wird oft erst nach Wochen sichtbar. Die potentiellen Käufer des Produkts Arbeitskraft sind die Personalverantwortlichen. Sie haben viel zu tun und benötigen daher Strukturen der Vorauslese.

Der Arbeitsmarkt ist derzeit ein „Käufer-Markt“, auf dem der Verkäufer der Arbeitskraft sich anpreist und auf den Käufer wartet. Unmittelbar zeigt sich dieses Ungleichgewicht in der Tatsache, dass Bewerbungsschreiben meistens nicht beantwortet werden. Das heißt: Die Leistung, die dafür erbracht wurde, erfährt keine Achtung. Es ist nicht verwunderlich, dass der Selbstwert vieler Arbeitssuchender in diesem Prozess sinkt. Der Mensch mit seinen Anerkennungs- und Gestaltungsbedürfnissen muss hinter den Bedürfnissen der Wirtschaftstreibenden zurückstehen: Geht's der Wirtschaft gut, geht's allen gut.

Medien verbreiten häufig das Stereotyp, dass Arbeitslosen die Motivation zum Arbeiten fehlt. Das trägt in hohem Maß zu Schamgefühlen in dieser Personengruppe bei. Diese Gefühle sind – neben den finanziellen Einbußen um etwa ein Drittel der vorherigen Einkünfte – Ursache für den sozialen Rückzug. Der Rückzug bewirkt oft eine Abwärtsspirale: Fehlende Sozialkontakte verringern die Möglichkeit zu bestärkenden emotionalen Erfahrungen, und das gerade dann, wenn die Person diese besonders nötig hätte. Je weniger Kontakte, umso empfindlicher werden Menschen, umso eher kommt es wieder zu Kränkungen. Kontaktfähigkeit, Sprachgewandtheit und Witz gehen verloren. Die fehlenden Ablenkungen verleiten zum Grübeln. Dieser Prozess geht schleichend und meist unbewusst vor sich. Der Rückzug ist eine Reaktion auf eine Umwelt, die immer fremder, verständnisloser, ungerechter erscheint.

den ist. Kategorien wie „Sozialschmarotzer“ auf der einen und „Leistungsträger“ auf der anderen Seite gehören zum öffentlichen Diskurs, sind Zeichen der Verdinglichung der Gesellschaft.

Der Arbeitssuchende tut also gut daran, gut und „wertig“ am Markt sichtbar zu sein. Kaufanreize durch Verweis auf vergünstigten Erwerb der Arbeitskraft (bei Langzeitarbeitslosigkeit durch Einstellungsförderungen) sind nicht anzuraten. Mängel und Gebrauchsspuren menschlichen Lebens wie Krankheit und Schulden sind zu verdecken.

Aktiv kann jedoch nur werden, wer Selbstbewusstsein hat, ein Bild, eine Vorstellung von sich selbst. Dabei helfen die Anerkennung der eigenen Lebensgeschichte und Zutrauen zur Planung, zum Plan. Hilfreich in der persönlichen Reflexion während der Arbeitssuche ist jedenfalls, die Themen zu entflechten, und das Leben in seine Bestandteile zu ordnen: Was will ich – und wie ist meine momentane Lage? Was sind meine Grundbedürfnisse – was ist „Besonderes“, Luxus? Der Luxus muss eben warten. Aber die Existenz wird erst durch das Besondere, „das Geliebte“ lebenswert.

Arbeitslosigkeit hat wenig mit dem Menschen, und viel mehr mit der Wirtschaft zu tun; mit dem Konkurs der Firma, der Änderung der Marktsituation, dem Strukturwandel. Trotz dieser Tatsache leben die entwertenden Stereotype für Arbeitssuchende weiter. Die Würde einer Menschengruppe wird angegriffen – obwohl gerade sie unter der schwierigen Bedingung einer finanziellen Krise eine Perspektivenerneuerung und einen Selbstverkaufsprozess zu managen hat.

Der Respekt dafür vonseiten arbeitender Menschen wäre angebracht. Nicht zuletzt deswegen, weil fast jeder von uns die Erfahrung von Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche irgendwann ebenfalls machen wird.

Der Autor ist Sozialmanager und Berater und seit vielen Jahren in arbeitsmarktbezogenen Projekten tätig.

Geht's der Wirtschaft gut, geht's allen gut.

Schuften für den Feind. Palästinensische Tagelöhner im Jordantal arbeiten für einen Hungerlohn in israelischen Siedlungen.

Von Andreas Hackl

Das Jordantal sieht auf den ersten Blick wunderbar aus. Aus einer grünen Oase ragt die jahrtausendalte Stadt Jericho hervor. Im Süden liegt das Tote Meer, im Norden der See Genezareth. Dazwischen die fruchtbarste Region des Westjordanlandes, durchzogen von Palmenhainen, überall Gewächshäuser. „Bewässert gleich dem Garten des Herrn“, steht in der Bibel. Nur sind die Früchte dieses Gartens ungleich verteilt: Tausende palästinensische Tagelöhner schuften täglich für einen Hungerlohn in Landwirtschaftsbetrieben israelischer Siedler, während diese gemeinsam mit palästinensischen Mittelsmännern aus der Armut der lokalen Bevölkerung Profit schlagen.

„Die Arbeit ist ziemlich hart. Manchmal hat es in den Gewächshäusern fünfzig Grad“, sagt Mohamed, ein 15-jähriger Tagelöhner aus dem Dorf Fasa'il im Jordantal. Sechs Tage die Woche arbeitet er acht Stunden am Tag im israelischen Land-

aus dem Westjordanland, die im Jordantal für israelische Unternehmen arbeiten – ohne Arbeitsvertrag, Versicherung und weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn.

„Die ganze Sache ist illegal. Das israelische Recht sagt, dass auch für palästinensische Arbeiter die normalen arbeitsrechtlichen Standards gelten, egal ob es eine Siedlung ist oder ein Betrieb in Israel“, sagt Abed Dari. Schon vor fünf Jahren bestätigte das israelische Höchstgericht diesen Grundsatz. Doch diese Worte sind im Jordantal bisher ohne Folgen geblieben. „Das Gesetz wird einfach nicht umgesetzt“, sagt Dari.

Für Mohamed und viele seiner Kollegen ist das Bargeld aus der Siedlung mehr, als ohne jegliche Ausbildung sonst wo zu verdienen wäre. Daher ist es extrem schwierig, Arbeiter zu überzeugen, vor Gericht zu gehen. Auch kann so eine Aktion die ganze Familie den Job kosten. „Die Siedler setzen die Palästinenser unter Druck. Sie arbeiten dabei wie ein Kartell. Wenn ein Betrieb weiß, dass ein Typ namens Mohamed einen anderen Betrieb verklagt, schmeißt er dessen gesamte Familie raus“, sagt Dari.

Außerdem vermeiden die Betriebe den direkten Kontakt mit den Arbeitern. Stattdessen wird alles über palästinensische Mittelsmänner abgewickelt, die an der Ausbeutung mitverdienen. Sie besorgen die Arbeiter, vermitteln sie an die Siedler weiter, zahlen die Löhne bar und ohne Rechnung aus. Von Palästinensern, die von außerhalb des Jordantals anreisen, kassieren sie auch noch für den Transport. Nach einem achtstündigen Arbeitstag bleiben dann nur noch 11 Euro übrig. Immer wieder frage Abed Dari die Arbeiter und Arbeiterinnen, warum sie für so wenig Geld Schwerarbeit leisten. Die Antwort sei immer die gleiche: Es gibt keine Alternative.

Die palästinensischen Tagelöhner wissen genau, dass sie mit ihrer Arbeit genau jene Siedlungen unterstützen, die ihre eigene Lebensgrundlage bedrohen. „Siedlungen, militärische Kontrollpunkte und andere Beschränkungen versperren der palästinensischen Bevölkerung den Zugang zu Land und haben erst die Armut geschaffen, die sie jetzt in die Lohnabhängigkeit der Siedlungen treibt“, sagt Isra Muzaffar vom UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Hilfe (OCHA) im Westjordanland. Ehemalige Bauern aus der Gegend hätten ihr immer wieder gesagt, dass sie deshalb in den Siedlungen arbeiten, weil ihre eigene Produktion keinen Profit mehr abwirft.

Das wiederum liegt vor allem an der israelischen Verwaltung im Jordantal, die die Ressourcen ungleich verteilt. Laut OCHA gehören die fruchtbarsten Landstriche zu den Siedlungen oder wurden zu israelischen Militärübungsplätzen umfunktioniert. Auch das Wasser fließt hauptsächlich in eine Richtung: Während der durchschnittliche Wasserverbrauch der Siedler bei rund 300 Liter Wasser pro Kopf und Tag liegt, haben palästinensische Bauern und Viehzüchter im Jordantal nur etwa 20 Liter zur Verfügung. Für Muzaffar hängt das alles zusammen: „Die palästinensischen Bauern haben immer weniger Wasser, die Siedlungen immer mehr. Die Landwirtschaft liegt zunehmend in der Hand der Siedlungen, die dafür riesige Landstriche zur Verfügung haben. Zur selben Zeit machen die lokalen Betriebe Bankrott.“



Die Ernte aus den Glashäusern ist am Ende des Arbeitstags in Kisten verstaut. Sie bleibt in Israel.

„Ich bin nicht stolz darauf. Aber wir haben keine andere Wahl. Viel lieber würde ich Automechaniker lernen. Aber das ist nicht möglich.“

wirtschaftsbetrieb „Tomer“. Rund 13 Euro pro Tag sind es, die er täglich mit nach Hause nimmt. „Viel lieber würde ich Automechaniker lernen. Aber leider ist das nicht möglich“, sagt er schüchtern. Um das Familieneinkommen aufzubessern, musste er sogar die Schule abbrechen.

„Ich bin nicht stolz darauf. Doch wir haben keine andere Wahl. Nur mit dieser Arbeit kommen wir über die Runden“, erklärt Mohameds Vater, Khalid. Khalid hätte seinen Sohn gern nach Jericho geschickt, damit er dort einen ordentlichen Beruf lernt. Doch als Hausmeister in einer Schule verdient er selbst nur 350 Euro im Monat. „Ohne Mohameds Einkommen würden wir es einfach nicht schaffen“, erklärt Khalid. Mohamed schaut seinen Vater kurz an, blickt dann aber wieder auf den blanken Steinboden des Wohnzimmers. Die Armut ist hier von den Wänden abzulesen. Das einzige Möbelstück im Raum ist eine leere Gemüsebox, die Mohamed aus der Siedlung mitgebracht hat. Drauf steht ein staubiger Fernseher, wie eine bizarre Trophäe.

Einige hundert palästinensische Jugendliche arbeiten wie Mohamed jedes Jahr in den Landwirtschaftsbetrieben der israelischen Siedler, sagt Abed Dari von der israelischen Arbeitsrechtsorganisation Kav La'Oved. Die jüngsten seien erst zwölf Jahre alt. Insgesamt seien es rund 10.000 Palästinenser

Lebenslänglich. Leute in seinem Alter machen sich sonst ein schönes Leben. Konrad Mayer jedoch muss trotz seiner 70 Jahre arbeiten, um über die Runden zu kommen. Von Nina Brnada

Zwei Zettel reichen, um die Lebenssituation von Konrad Mayer zu erklären. Auf dem einen ist die Höhe seiner Pension aufgelistet: 646,03 Euro netto. Auf dem anderen stehen seine Mietkosten: 613,23 Euro. „Da bleibt nicht viel über“, sagt er. 32,80 Euro sind es, genau genommen. Und das, obwohl Mayer sein Leben lang gearbeitet hat. Als sogenannter Gebrauchsgrafiker hat er Broschüren, Plakate und Internetauftritte großer und kleiner Firmen optisch aufbereitet. Seit fünf Jahren ist er nun in Pension. Doch weil er es sich nicht leisten kann, hat er niemals mit dem Arbeiten aufgehört.

Wäre Mayer nicht selbstständig gewesen, dann hätte er jetzt wohl ein angenehmes Leben, ist er überzeugt. Er hätte heute genug Pension und keine finanziellen Sorgen. „Wenn man nicht gerade sehr viel verdient, ist die Selbstständigkeit ein Fluch“, sagt er. Zunächst arbeitete Mayer als Angestellter, entschied sich aber im weiteren Verlauf seiner Karriere für die Selbstständigkeit. 14 Jahre lang verdiente er auf diese Weise seinen Lebensunterhalt. Das geringe Einkommen aus dieser Zeit wirkte sich fatal auf seine Pensionshöhe aus, erklärte man Mayer später bei der Pensionsversicherungsanstalt. Deshalb muss er nach wie vor einen täglichen Existenzkampf führen, wie ihn meist nur junge Menschen kennen.

Generell finden Selbstständige in Österreich veraltete Strukturen vor – vor allem die sogenannten neuen Selbstständigen, also meist junge Kreative, Journalisten, Grafikerrinnen, Werber, die allesamt auf Honorar- und Projektbasis arbeiten, deren Einkommen unstet und deren Absicherung mangelhaft ist. Insbesondere das Versicherungssystem sei zu undurchsichtig, meinen Kritiker. Das System sei nur auf Besserverdiener wie Ärzte oder Anwälte ausgerichtet, wird kritisiert, und es passe sich einer Arbeitswelt im Wandel nicht an.

Mayer ist in gewisser Weise seiner Zeit voraus. Seine prekäre Situation im Alter ist heutzutage zwar noch ein Einzelfall. Doch was für die Alten von heute noch selten gilt, könnte morgen zahlreiche Rentner treffen.

Nach wie vor muss der heute 70-jährige Mayer Aufträge annehmen, um sein Leben finanzieren zu können. Er gestaltet hier und da eine Homepage für einen kleinen Laden oder frischt unter der Hand altbackene Visitenkarten auf. Noch gehe alles gut, sagt Mayer, der seinen echten Namen nicht in der Zeitung lesen möchte. Noch geht sich finanziell alles aus. Aber wie es einmal sein wird, wenn er nicht mehr wird arbeiten können, weiß er nicht. „Wovon soll ich leben, wenn ich zum Beispiel bettlägrig bin?“, fragt er. „Was soll dann aus mir werden?“

Trotz seiner 70 Jahre wirkt Konrad Mayer jung und agil. Er sitzt vor dem Café Dommayer in Wien-Hietzing, trägt T-Shirt und Jeans und hat seine Beine lässig übereinandergeschlagen. Er ist groß gewachsen und schlank. Er redet gern über E-Bikes und iPhones und verwendet Ausdrücke wie „printed products“ und „commercial art“. Seine Bekannten und Freunde, sagt er, führen ein angenehmes Leben. Sie fahren auf Urlaub und haben ihren Existenzkampf hinter sich. „Ich dagegen muss bis zu meinem Tod arbeiten“, sagt er.

Der Wiener begann Mitte der sechziger Jahre sein Berufsleben als kaufmännischer Lehrling bei der ÖMV. Später holte er die Matura nach, studierte an der Hochschule für bildende Kunst und ging für einige Jahre nach Kanada, erzählt er. Zurück in Wien heuerte Mayer zunächst bei einem internationalen Computerkonzern als Angestellter an. Er verdiente als Grafiker gut, beschloss aber nach 15 Jahren Angestelltenverhältnis bei verschiedenen großen Firmen den Schritt in die

Selbstständigkeit. „Ich wollte stärker meine eigenen Ideen verwirklichen“, sagt er.

Mayer erfüllt alle Anforderungen, die die moderne Arbeitswelt angeblich an die Menschen stellt. Er hat nie zu lernen aufgehört, ist flexibel, kreativ. Er denkt nach vorne und scheut nicht das Risiko. Zudem hat er lange gearbeitet und ins Pensionssystem eingezahlt. Doch nun dankt es ihm das System, indem es ihn zwingt, sich im hohen Alter mit kleinen Jobs gerade mal über Wasser zu halten.

In der Selbstständigkeit ging es mal besser, mal schlechter, erzählt Mayer. Dennoch konnte er sein Leben finanzieren, trotz hoher Steuerabgaben und Sozialversicherungskosten. An private Vorsorge dachte Mayer damals nicht. Kurz vor seinem Pensionsantritt gingen große Auftraggeber pleite, Aufträge blieben aus, und neue fanden sich nicht leicht. „Aber ich dachte, wenn ich dann erst in Pension gehe, hab ich eh alles hinter mir“, sagt Mayer.

Mit einer hohen Pension rechnete er zwar nicht, aber rund 1200 Euro, glaubte er, wären schon drin. Dass ihm am Ende

„Ich dachte, wenn ich in Pension gehe, hab ich eh alles hinter mir. Aber wovon soll ich leben, wenn ich zum Beispiel bettlägrig werde? Was soll dann aus mir werden?“

nur rund die Hälfte zukam, erschreckte Mayer. Noch dazu, weil er bis heute trotz der winzigen Rente seine Schulden bei der SVA abtrottern muss – der für die Selbstständigen zuständigen Versicherungsanstalt.

Eine Interessensvertretung, die sich für Mayer einsetzen könnte, gibt es nicht. Denn viel zu wenige Alte sind in einer Situation wie er – und nicht einmal die zahlreichen jungen Selbstständigen haben relevante politische Fürsprecher. „Eins habe ich gelernt“, sagt er: „Auf das System ist kein Verlass. Junge Selbstständige sollten sich in jedem Fall etwas für ihre Pension beiseitelegen.“ Hilfe bei sozialen Einrichtungen suchen möchte Mayer auch nicht, sagt er. Das sei ihm zuwider. „Dafür hab ich nicht all die Jahre gearbeitet.“

646,03
– 613,23

32,80

Vollgas mit Handbremse.

Es gibt ein Zwischenreich zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Das Leben dort ist riskant und gesundheitsschädlich. Von Martin Schenk

„Über eine Leasingfirma musste ich in einem Produktionsbetrieb anfangen. Von 6 bis 15 Uhr Akkordarbeit. In der zweiten Woche wurde ich gedrängt, Mittwoch, Donnerstag und Freitag um 4 Uhr früh anzufangen. Ich kam der Aufforderung natürlich nach, ich wollte unbedingt die zugesagte feste Anstellung. In zehn Stunden klebte ich 15.000 Pickerln. Während ich mich auf das Wochenende freute, kam kurz vor Mittag die Vorgesetzte und sagte, ich sei gekündigt. Einfach so. Ohne Grund.“

Pendeln zwischen prekären, schlecht bezahlten Jobs und Arbeitslosigkeit: Das ist ein Alltag, der in der Öffentlichkeit unsichtbar gemacht ist. Werbezettel austragen für einen Hungerlohn? Selbstständig sein zum Schein, dafür einen Chef haben in echt? „Was ist daran neu?“, fragt Beran, der seit 20 Jahren in Österreich von Billigjob zu Billigjob wechseln muss.

Unsichere Jobs, keine Sozialversicherung, miese Bezahlung – das ist nichts Neues. Schon seit Jahren schlagen sich damit tausende herum: Frauen im Niedriglohnsektor, Migrant(inne)n in halboffiziellen Hilfsarbeiten am Bau und im Haushalt, Menschen mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen. Jetzt dringt die Prekarität in die Mitte der Gesellschaft vor. Solange sie am Rand blieb, war sie eine Frage für Minderheiten. Treffen Abstieg und verwehrtter Einstieg jedoch auch die Mittelschichten, wird sichtbar, was bisher im Dunkeln war.

Arbeit schützt vor Armut nicht. Jetzt schon leben in Österreich tausende in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz zu sichern. Der Gesundheitszustand der Betroffenen ist schlecht, sie leben in feuchten, schimmigen Wohnungen, können ihren Kindern nur eingeschränkte Zukunftschancen bieten. Ein weiterer Hinweis: Die Richtsatzergänzungen in der Sozialhilfe – das sind

Frau N. hatte einen Autounfall. Sie geht trotz starker Prellungen zur Arbeit, die sie aber wegen Schmerzen nicht durchsteht, und meldet sich krank. Nach einer Woche wird ihr gekündigt.

jene Leistungen, die auch bei zu geringem Erwerbseinkommen ausbezahlt werden – haben in den letzten Jahren rasant zugenommen, wie die Statistik Austria verrät.

Eine aktuelle Studie über Beziehern von Sozialhilfe zeigt auf eindrückliche Weise, wie sehr die soziale Integrationskraft von Erwerbsarbeit schwindet. Der Soziologe Manfred Krenn berichtet von Menschen, die zwischen dem sozialen Netz und schlechten, desintegrativen Jobs hin und her pendeln. Der Arbeitsdruck ist hoch, die Arbeitszeiten immer anders, der Umgang mit den Arbeiterinnen und Arbeitern ohne Anerkennung und Wertschätzung.

In den Interviews kommen insbesondere die gesundheitlichen Probleme zur Sprache. Frau G. geht nach dem zweiten Raubüberfall an der Supermarktkassa am nächsten Tag trotz einer Lungenentzündung wieder arbeiten, hat dann einen Nervenzusammenbruch und wird nach drei Tagen Krankenstand vom Rayonsleiter gekündigt. Ähnliches passiert Frau N. Während der Arbeit hat sie einen Autounfall. Sie geht trotz starker Prellungen am nächsten Tag zur Arbeit, die sie aber wegen Schmerzen nicht durchsteht, und meldet sich krank. Nach einer Woche wird ihr gekündigt.

Frau B. arbeitet bei einem Direktmarketing-Unternehmen und muss Werbematerial kuvertieren: „Wir haben so große Tisch, wie Packtische, zu viert, also da sitzen wir. Und ich hab leider so einen Platz, wo ich zur Vorarbeiterin nach vorne sehe. Die anderen zwei mit dem Rücken haben es noch bes-

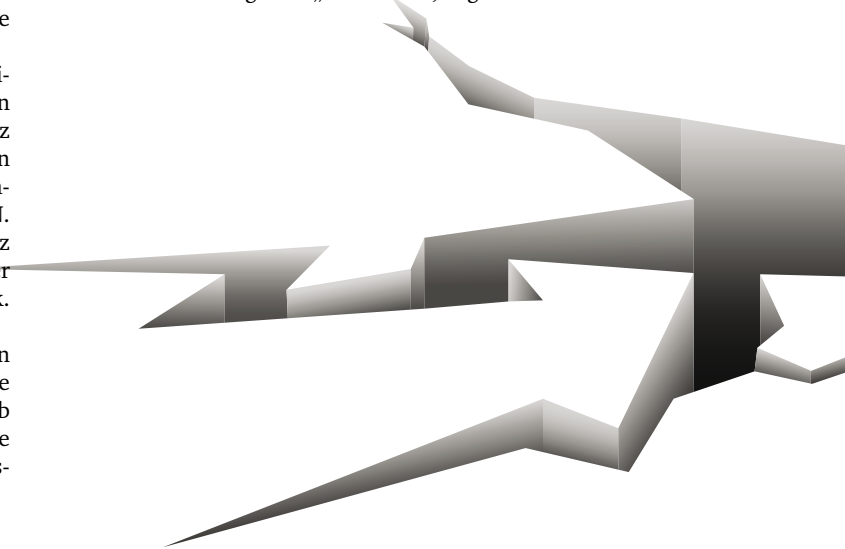
ser. Und kaum redet man da irgendwas, egal ob was Privates oder ... heißt es „Gibt es Probleme? Ja, gibt es Probleme?“ Da sitzen sie von 8 bis 12 Uhr, weil da gibt es dann die Pause von 12 Uhr bis halb eins. Und da haben sie Angst, wenn sie was reden.“

Die zunehmende Prekarisierung spaltet die Gesellschaft in verschiedene Zonen mit unterschiedlichen Sicherheitsniveaus auf: eine schwindende „Zone der Integration“, eine wachsende „Zone der Verwundbarkeit“ und eine sich verfestigende „Zone der Entkoppelung“. So entsteht Ausgrenzung durch Arbeit.

Pendler/-innen und Wiedereinsteiger/-innen machen bereits 42 Prozent der Sozialhilfebezieher/-innen in Wien aus. Sie pendeln zwischen der Zone der Entkoppelung und der Zone der Verwundbarkeit. Aus Workless Poor werden Working Poor, aus der Armut ohne Arbeit geht es in die Armut mit Arbeit – und umgekehrt. Hier verkommen die Sprüche von der „Integration in den Arbeitsmarkt“ zu realitätsleeren oder verlogenen Parolen. Hier findet keine soziale Integration statt, im Gegenteil. Hier entsteht soziale Ausgrenzung durch die Arbeit selbst.

Schlechte Jobs machen die meisten doch ohnehin nur zur Überbrückung bis sie etwas Besseres gefunden haben, meinen viele. Und freilich wünschen sich die betroffenen ArbeitnehmerInnen auch wirklich rasch einen anderen, besseren Job. Studien belegen jedoch, dass viele Working Poor aus ihrer schlechten Situation nur schwer herauskommen. So hat das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo 2006 aufgezeigt, dass in Österreich nur ein Viertel der geringfügig Beschäftigten nach zwei Jahren in ein Beschäftigungsverhältnis mit Sozialversicherung wechselt. Der Anteil der „Menschen ohne Ausweg“ aus der geringfügigen Beschäftigung hat sich bereits auf 41 Prozent erhöht.

Besonders Frauen haben nur eine geringe Chance, aus der Geringfügigkeit herauszukommen. Für Deutschland zeigen Studien, dass es für mehr als 70 Prozent der Billigjobber keinen Aufstieg in höhere Lohnsegmente gibt. „Die in Plädoyers für den Niedriglohnsektor häufig verwendete Behauptung, Niedriglohn sei ein Sprungbrett in höhere Einkommenschichten, wird durch unsere Ergebnisse mehrheitlich widerlegt“, sagen die Verfasser/-innen der Studie Hans-Jürgen Andreß und Anne Krüger. Vielmehr führen die genannten Jobs für die Mehrheit zu einer dauerhaft prekären Einkommenslage ohne Ausstieg. Das Armutsrisiko in Deutschland sei im internationalen Vergleich „sehr hoch“, argumentiert OECD-



Experte Herwig Immervoll. „Seit Mitte der 90er Jahre fördert Deutschland niedrig entlohnte Jobs zu stark“, so Immervoll. Langzeitarbeitslose hätten „einen vergleichsweise geringen finanziellen Anreiz, eine existenzsichernde Beschäftigung anzunehmen“. Der künstlich und staatlich geförderte Niedriglohnmarkt ist eine Armutsfalle.

So werde ich Auftraggeber für mich selbst – als neuer Elendsunternehmer und Scheinselbstständiger darf ich das angebliche Abenteuer der Freiheit als wirklichen Zwang in die Unfreiheit erfahren. Die unfreiwilligen Ich-AGs haben alle Nachteile des Unternehmerdaseins, ohne seine Vorteile genießen zu dürfen. Papperlapapp, sagen dann die Berater auf den Wirtschafts- und Lebensseiten der Magazine: Sei besonders! Wer dann am eigenen Leib sozialen Absturz erfährt, soll das Desaster zur wertvollen Erfahrung und zur Basis künftiger Triumphe umphantasieren – oder sich eben ganz verstecken.

Das Freiheitsdilemma liegt im Begriff „prekär“. „Unsicherheit“ ist für dieses Wort eine zu schwache Übersetzung. Eigentlich heißt „precarius“: durch Bitten erlangt, aus Gnade bekommen, auf Widerruf gewährt. Das beschreibt ein abhängiges und freiheitsbeschränkendes Verhältnis.

Ein niedriges Erwerbseinkommen bedeutet, dass die Sozialleistungen bei Krankheit nicht existenzsichernd sind. Wer sein Leben lang in prekären Jobs arbeitet, wird keine existenzsichernde Pension zusammenbekommen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sind so gering, dass man davon keinen Tag überleben kann.

In Österreich sind über 100.000 Menschen nicht krankenversichert, das sind fast 2 % der Wohnbevölkerung, die nicht wissen, was sie mit ihren geringen Mitteln zuerst zahlen sollen: Miete, Lebensmittel oder Krankenversicherung?

Frau S. schlägt sich als Ich-AG mit Gebrauchsgrafiken durch den Alltag. Ihr dreijähriger Sohn leidet seit seiner Geburt an schwerem Asthma. Er braucht viel Zeit. Ihre Arbeit wird unregelmäßig und gering entlohnt. Loch auf, Loch zu. So muss sie rechnen: einmal die Miete, einmal das Heizen, einmal das Telefon. Immer gibt es eine offene Rechnung. Kaputt werden darf nichts: kein Boiler und keine Waschmaschine. Mit dem Einkommen gibt es kein Auskommen.

Das Ergebnis ist Erschöpfung. „Burn-out“ ist zur gängigen Diagnose geworden. Oft versteckt sich dahinter eine Depression. Da geht es um Stress, der nagt und quält, einen niederhält. Der psychische Apparat drückt die Stopp-Taste: Alles wird langsamer, alles wird müder, dann der Zusammenbruch – nichts geht mehr. Tätigkeiten, die hohe Anforderungen stellen und gleichzeitig wenig Spielraum für Selbstbestimmung bieten, erhöhen diesen Stress. Das kann in zwei Formen auftreten: nicht über die Gestaltung der Aufgaben entscheiden zu können und nicht die Möglichkeit zu haben, die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu nutzen. Jobs dieser Art gibt es ja genügend.

Dauern diese Ohnmachtserfahrungen an, lernen wir Hilflosigkeit: Wer feststellt, dass er nichts bewirken und erreichen kann, wird früher oder später resignieren. Der Giftcocktail besteht aus drei Zutaten: aus hoher Anforderung, niedriger Kontrolle und niedriger Anerkennung. Wenn ich mich anstrengte und nie etwas herausbekomme – keine Anerkennung, kein freundliches Wort, dafür miesen Lohn und keine Aufstiegschancen –, dann wird es massiv gesundheitsschädlich. Es ist wie Vollgas fahren bei angezogener Handbremse.

In London wurden 17.000 Beschäftigte in Ministerien untersucht. Die niederen Dienstränge hatten eine bis zu viermal höhere Sterberate bei Herzerkrankungen als die oberen Dienstränge. Nimmt man ihnen Blut ab, finden sich in den unteren Rängen weit höhere Werte des Stresshormons Kortisol als bei den Top-Diensträngen.

An sich ist Stress nichts Schlechtes, er gehört zum täglichen Leben. Stress ist nichts weiter als der Versuch des Körpers, sich in anstrengenden Zeiten an die Situation anzupassen. Wenn aber Entspannung über einen längeren Zeitraum hinweg ausbleibt, wird es gesundheitlich belastend. Die Überbeanspruchung der eigenen Ressourcen macht Menschen verletzlich, schwächt die Widerstandsfähigkeit, macht anfälliger für Krankheiten. So schwinden sowohl die persönlichen Ressourcen als auch die sozialen.

Chronischer Stress entwickelt sich schleichend, ohne er-

„Burn-out“ ist zur gängigen Diagnose geworden.

Oft versteckt sich dahinter eine Depression. Da geht es um Stress, der nagt und quält, einen niederhält.

kennbaren Anfang, als dauerhafte Belastung. Teil von chronischem Stress sind belastende „Non-Events“: Geschehnisse, die man erwartet, die aber nicht eintreten, wie etwa eine erhoffte Entlastung, ein zugesagter Job oder finanzieller Zuspruch. Dauerhafter Stress kann zu hohem Blutdruck, Gefäßerkrankungen, Infarktrisiko und zu einer Schwächung des Immunsystems führen. Die sogenannte Managerkrankheit mit Bluthochdruck und Infarktrisiko tritt bei Armutsbetroffenen dreimal so häufig auf wie bei den Managern selbst. Aber nicht weil die Manager weniger Stress haben – sondern weil sie die Freiheit haben, den Stress zu unterbrechen: mit einem schönen Abendessen oder einem Flug nach Paris. Sie können sich Erholung gönnen, was die anderen nicht können. Den Unterschied macht die Wahlfreiheit.

Auch der Scham kommt bei der Verarbeitung ökonomischer Probleme eine zentrale Bedeutung zu. Die Furcht vor Bloßstellung und vor dem Verlust des Ansehens wiegt vielfach schwerer als rationale Überlegungen und blockiert die für viele Lösungsstrategien notwendige Mobilisierung sozialer Unterstützung. Die Betroffenen fürchten, ihr Gesicht zu verlieren, und wissen ihr Ansehen bedroht. Beschämung hält Menschen klein: Das ist das besonders Tückische.

Für die Reduzierung der Armut braucht es daher einen ganzheitlichen Ansatz, die Fähigkeit, in Zusammenhängen zu denken. Erst das Zusammenspiel mehrerer Interventionen zeigt Wirkung.

So hilft zum Beispiel die Familienbeihilfe allein nicht, Armut zu vermeiden, sonst müsste Österreich die geringste Kinderarmut haben. Die hat aber Dänemark, mit einer besseren sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems, einem bunten Netz von Kinderbetreuung und besseren Erwerbsmöglichkeiten für Frauen. „Arbeit schaffen“ allein vermeidet Armut nicht, sonst dürfte es keine Working Poor in Deutschland geben. Anti-Raucher-Kampagnen allein vermeiden das hohe Erkrankungsrisiko Ärmere nicht, sonst würden arme Raucher nicht früher sterben als reiche Raucher. Deutschlernen allein reduziert Ausgrenzung ebenso wenig, sonst müssten die Jugendlichen in den Pariser Vorstädten bestens integriert sein, sprechen sie doch tadellos Französisch; es fehlt aber an Jobs, Aufstiegsmöglichkeiten, Wohnraum, guten Schulen.

Ein Schlüssel braucht immer auch ein Schloss. Die einen investieren nur in Schlüssel, die anderen nur in Schlösser, und dann wundern sich alle, dass die Türen nicht aufgehen.

Das Leben eines anderen leben.

Die 24-Stunden-Pflege ermöglicht es alten Menschen, zu Hause betreut zu werden. Für die Pflegerinnen bedeutet das: Viel Anpassung, wenig Schlaf, wenig Privatsphäre. Eine Pflegerin erzählt aus der Praxis. Von Elena Gurtnerova



Ich war 21, als ich meinen ersten Job als Pflegerin annahm. Ich war jung, ich wollte Sprachen lernen, ich wusste, dass man in der 24-Stunden-Pflege gut verdienen kann. Besser zumindest als daheim im Krankenhaus. Ich hatte immerhin eine fertige Krankenschwesternausbildung und schon ein Jahr im Krankenhaus gearbeitet.

Ich hatte in mein Bewerbungsformular geschrieben, dass ich eine Allergie gegen Haustierhaare habe. Das war gelogen, in Wirklichkeit hatte ich panische Angst vor Hunden, aber „Angst“ wollte ich nicht schreiben. Aber dann stand ich vor dem Zaun in Bad Ischl, läutete an der Gegensprechanlage und hörte sie schon, die Hunde. Ein Dalmatiner, ein Setter, die waren sooo groß und bellten. Das war kein guter Anfang. Aber ich habs geschafft. Ich hab mich durchgebissen. Ich war jung.

Ich sollte einen alten Mann pflegen, der nach einem Schlaganfall beinahe bewegungsunfähig war. An den Moment, als ich ihn zum ersten Mal sah, kann ich mich gut erinnern: Er saß in einem Sessel, seine Ehefrau hantierte mit Pinsel und Messer, sie rasierte ihn. Er hatte Schaum im Gesicht und schaute aus wie ein Weihnachtsmann. Es war ein gepflegter Haushalt, die Frau führte ein strenges Regiment. Da hatte alles System. Sie kaufte immer dieselbe Sorte Butter, und alles stand stets auf seinem Platz.

Sie bestand darauf, auch den Mann selber zu versorgen. Sie wollte nicht, dass ich ihn angreife. Sie wollte nur eine Assistentin, weil ihr körperlich manchmal alles zu viel wurde. Ich stand also daneben und hielt die Windeln, die Medika-

zimmer schaufelte ich mir eine kleine Ecke frei. Doch neben der Couch musste ich alle meine persönlichen Dinge auf meine Tasche legen. Während des Tages waren alle in diesem Raum, sie, er, die Hunde. Die Hundehaare überall. Ich konnte mich nirgendwohin zurückziehen, hatte keinen Ort, wo ich allein sein konnte. Es war, als dürfe man als Person mit Bedürfnissen gar nicht da sein.

Ich hätte damals etwas sagen müssen, aber ich traute mich nicht. Ich hielt es nur deswegen aus, weil ich jeden Tag nach dem Mittagessen zwei Stunden rausgehen durfte, bevor es Kaffee und Kuchen gab. Einige Zeit für sich zu sein ist extrem wichtig für die Psychohygiene. Oft lässt es sich aber organisatorisch gar nicht machen. Es gibt alte Leute, die man gar nicht allein lassen kann. Wenn die Kinder nur am Wochenende verfügbar sind, müsste man extra jemanden bezahlen, um die Pflegerin kurz abzulösen. Das wird sich kaum jemand leisten wollen.

Zwei Wochen lang rund um die Uhr für jemanden da zu sein – das laugt dich extrem aus. Du bist mit allem allein. Eigentlich musst du zwei Wochen lang das Leben eines anderen Menschen leben. Du brauchst nämlich gar nicht glauben, du kannst die Gewohnheiten eines 90-jährigen ändern. Wenn einer immer schon in der Früh sein Milchbrot mit Marmelade gegessen hat, kannst du ihm nicht plötzlich Schinken oder Müsli servieren. Es gibt Patienten, die lassen sich überhaupt nichts sagen.

Anstrengend ist es, wenn ein Patient klammert. Hallo, wo sind Sie, was tun Sie gerade, ich höre Sie nicht, kommen Sie her, sind Sie weggegangen? Das ist lästig. Doch am schlimmsten ist, wenn man nachts nicht zum Schlafen kommt. Der Patient muss aufs Klo, man muss ihn umdrehen, er liegt schlecht, es tut ihm was weh. Es kommt vor, dass man 15-mal aufstehen muss. Ich hatte einmal eine, die nachts jede halbe Stunde läutete. Sie will die Bettschüssel, es kommt nichts, dann will sie noch einmal probieren, und immer wieder. Da wirst du wahnsinnig.

Es gibt Pflegerinnen, die kommen nach Hause und schlafen erst einmal zwanzig Stunden durch. Weil sie so ausgelaut sind.

Es ist nicht leicht, über diese Dinge zu sprechen. Der einzige Ort, wo das geht, ist nachts im Minibus, der dich zur Arbeit bringt. Da sitzen höchstens sieben Leute drin, die kennen sich fast alle. Bei der Hinfahrt ist es ruhig im Auto, da schläft man meistens. Aber auf der Rückreise wird viel gequatscht. Da erzählst du lustige Situationen, die du erlebt hast, schimpfst, fluchst, weinst, spuckst alles aus, was du zwei Wochen lang hinuntergeschluckt hast. Und du weißt: Die Frauen hier im Auto sind die Einzigen, die dich verstehen. Den Mann zu Hause interessiert das nicht. Und den Kindern kannst du es nicht zumuten. Der Minibus – der ist eine gute Therapie.

Am schlimmsten ist es, wenn man nachts nicht zum Schlafen kommt. Der Patient muss aufs Klo, er liegt schlecht, es tut ihm was weh. Es kommt vor, dass man 15-mal aufstehen muss.



Dieser Bericht ist ein Ausschnitt aus dem Buch: „Saubere Dienste. Ein Report“ von Sibylle Hamann. Erschienen 2012 im Residenz Verlag, € 20,50

mente, die Salbe, das Wasserglas. Wie die OP-Gehilfin bei einer Operation. Ich reichte ihr stumm alles rüber, genau so, wie sie das wollte.

„Was mache ich hier eigentlich?“, dachte ich mir dann. Insbesondere, wenn ich sah, wie sie etwas falsch machte. Wie sie die Dekubituswunden versorgte, zum Beispiel. Die Stellen, wo sich der Mann wundgelegen hatte, kamen manchmal mit Stuhl in Berührung. Öfters verwendete sie dieselben Handschuhe mehrfach. Einiges hätte ich als Krankenschwester besser gekonnt. Aber sie wollte allein verantwortlich sein, zeigen, dass sie sich kümmert. Das Kochen gab sie ebenso wenig aus der Hand. Sie zählte genau ab, was jedem zustand: eine Scheibe Brot, ein Löffel Marmelade. Ich durfte nicht einmal das Brot für den Mann zerkleinern. Gefüttert wurde er auch von ihr. Vielleicht war es Geiz, vielleicht war es Kontrollzwang. Ich hab nie mit ihr darüber gesprochen, aber ich habe es akzeptiert.

Wenn sie anderen Menschen von mir erzählte, nannte sie mich „Mädchen“. Ich verstand erst nicht ganz, wie sie das meint. Ich schaute dann im Wörterbuch nach. Ich vermutete, sie verwendete das Wort als Abkürzung für „Dienstmädchen“, zumindest klang es so. Ich wurde von Anfang an geduzt. Ich hingegen sprach sie mit „Frau Müller“ an.

Die Wohnung hatte nur zwei Zimmer. Deswegen musste ich in der Wohnküche schlafen, auf einer Couch. Für mich war kein Platz vorgesehen, kein Schrank, gar nichts. Im Bade-

Eine Schicht schlafen, eine Schicht arbeiten

In Südindien werden unsere Handys hergestellt. Von jungen, gut ausgebildeten Menschen, die auch anderes könnten. Ein Interview mit Laura Ceresna von der indischen Arbeitsrechtsorganisation Cividep. Von Susanne Wolf

100 Euro Lohn pro Monat, winzige Zimmer für fünf bis zehn Arbeiter/-innen, meist ohne Fließwasser, Toiletten am Gang: So leben die Angestellten der Firmen Foxconn und Wintek, Zulieferbetriebe des Handyherstellers Nokia. In der Sonderwirtschaftszone nahe dem südindischen Chennai arbeiten sie in achtstündigen Schichten. In Schichten wird auch geschlafen – abwechselnd, am Boden auf Strohmatten. Das Arbeitsrecht in der Sonderwirtschaftszone wird konzernfreundlich ausgelegt, bei Streiks werden mitunter alle beteiligten Angestellten gekündigt. Sie ernähren von ihrem Lohn nicht nur sich selbst, sondern müssen auch ihre Familie unterstützen, deswegen wird beim Essen gespart.

„Für mich reicht das Essen in der Fabrik, für andere aber nicht. Manche Leute fallen in Ohnmacht, weil sie so hungrig sind“, berichtete ein Foxconn-Arbeiter einem Team der entwicklungspolitischen Organisation Südwind, das vor Ort recherchierte.

1,8 Milliarden Handys wurden im vergangenen Jahr weltweit verkauft, über drei Millionen davon in Österreich. Die Anzahl der SIM-Karten stieg um 5 % auf fast 13 Mio. Stück – jeder Österreicher und jede Österreicherin hat also im Schnitt 1,5 Handys. Die Inder und Inderinnen, die sie herstellen, bekommen dafür nicht einmal 1 % des Verkaufspreises. Sie sind jung, zwischen 20 und 26, und gut ausgebildet. Sie hoffen auf Arbeit bei einem internationalen Unternehmen. Doch sie enden als Fließbandarbeiter ohne Zukunftsperspektive.

Laura Ceresna, eine gebürtige Deutsche, lebt seit drei Jahren im südindischen Bangalore und arbeitet für die Arbeitsrechtsorganisation Cividep (Civil Initiatives for Development and Peace).

Liga: Was macht Cividep?

Ceresna: Cividep untersucht, welche Auswirkungen Unternehmen auf Mensch und Umwelt haben. Wir helfen Arbeitern und Arbeiterinnen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, machen Kampagnen und arbeiten für die Einhaltung von Arbeitsrechten in der Bekleidungs- und Elektronikindustrie.

Können Sie etwas aus dem Alltag der Arbeitskräfte in der Handyproduktion erzählen?

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten im Schichtsystem. Es gibt entweder drei Schichten wie bei Nokia oder zwei Schichten wie z. B. bei Wintek. Manche müssen ein bis zwei Stunden lang mit dem Firmenbus zur Arbeit fahren. Sie können es sich nicht leisten, in der Nähe der Fabrik zu wohnen, da die Mieten dort höher sind. Nach acht Stunden Schichtarbeit geht es wieder mit dem Firmenbus nach Hause. Die meisten teilen sich Ein- oder Zweizimmerwohnungen mit drei bis sechs anderen, um Mietkosten zu sparen. Die meisten Wohnungen sind unmöbliert, man schläft auf Strohmatten auf dem Boden. Nach der Arbeit verbringen sie Zeit mit den Mitbewohnern oder schauen fern, denn eine Kinokarte oder ausgehen können sich viele von ihrem Lohn nicht leisten.

Wie reagieren die Hersteller auf Ihre Proteste?

Auf den letzten Bericht von Südwind und Cividep haben nur Foxconn und Wintek öffentlich reagiert. Die Firma Foxconn berief sich darauf, dass sie Löhne über dem gesetzlichen Mindestlohn bezahlt. Unser Bericht zeigt jedoch, dass eben dieser gesetzliche Mindestlohn so niedrig ist, dass man damit den Lebensunterhalt einer Familie nicht sichern kann.

Konnten Sie schon Verbesserungen erreichen?

Wir klären die Arbeiter und Arbeiterinnen seit 2008 über ihre Rechte auf, zum Beispiel über ihr Recht, eine Gewerkschaft zu gründen oder einer beizutreten. Bei Nokia wurde 2009 eine Gewerkschaft gegründet, bei Foxconn 2010. Viele Mitarbeiter haben noch keine Erfahrung mit Gewerkschaften, was von den Firmen gerne genutzt wird, um sie einzuschüchtern.

Indien gilt als aufstrebendes Schwellenland und kämpft dennoch mit erheblicher Armut. Wie erklären Sie diesen Widerspruch?

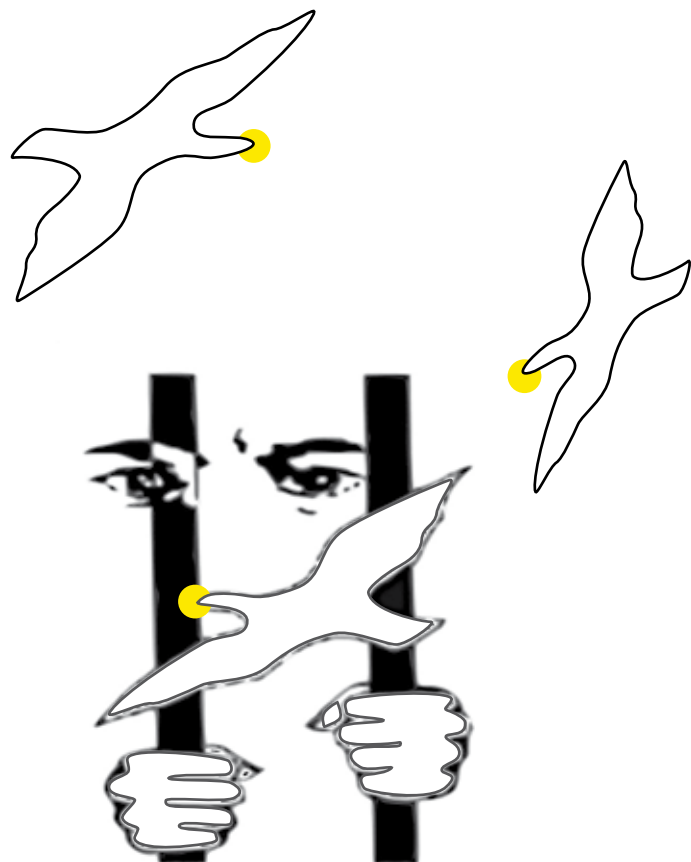
Seit der Liberalisierungspolitik der 90er Jahre hat sich viel verändert, es gibt eine aufstrebende Mittelschicht. Leider profitieren aber nicht alle Inder und Inderinnen gleichermaßen vom Wirtschaftswachstum, sodass sich die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert hat. Das liegt daran, dass die sozialen und ökonomischen Chancen immer noch mit der ethnischen und/oder Kastenzugehörigkeit zusammenhängen und so auch die Chance auf Bildung ungleich verteilt ist.



Südwind hat eine E-Mail-Petition gestartet, in der von allen Herstellern, die ihre Handys am österreichischen Markt vertreiben, ein fair produziertes Telefon gefordert werden kann.

www.suedwind-agentur.at

www.cividep.org



braucht Ihre \$pende.

Asyl in Not • Raiffeisen - BLZ 32000 • Kontonummer 5.943.139

www.arbeiterkammer.com

MEHR.
FÜR IHR RECHT.



DR. JOHANN KALLIAUER
AK-Präsident

NUTZEN SIE DIE LEISTUNGEN IHRER AK:

- ✓ 364.000 Beratungen jährlich zu den Themen Arbeit, Recht, Steuern, Konsumentenschutz, Bildung und Gesundheit
- ✓ 100 Millionen Euro holen die AK-Rechtsexperten/-innen bei Rechtsstreitigkeiten für die AK-Mitglieder zurück
- ✓ 94 % der Arbeitnehmer/-innen sind mit der gebotenen Leistung sehr zufrieden

AK
Oberösterreich

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Bearbeitet von österreichischen Künstlern und Künstlerinnen.

Diesmal: Doris Knecht

Artikel 25

1. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

2. Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Aber der Freddy: Der Freddy hat sich entschlossen, dass er nicht Teil des Systems sein will. Er gibt dem System nichts; zahlt keine Steuern, keine Sozialversicherung. Und er nimmt nichts: keine Sozialhilfe, keine rezeptpflichtigen Medikamente, keine Spritzen, keine Zähne.

Einen Zahn hat der Freddy noch, vorne rechts oben. Vielleicht hat er auch hinten noch welche, da ist man aber froh, dass man sie nicht sieht, weil der vorne sieht schon nicht so wahnsinnig schön aus. Es scheint dem Freddy nichts auszumachen, dass er kaum mehr Zähne hat, er isst eh nicht viel, und wenn, dann kocht er sich sein Zeug halt ein bisschen weicher. Das meiste, was er isst, hat er selber im Garten gepflanzt, allerdings ist das meiste, was er im Garten gepflanzt hat, nicht zum Essen. Aber es hilft gegen die Zahnschmerzen.

Der Freddy hat ein Dach über dem Kopf. Es wird von feuchten Wänden gestützt, aber es hält und es hat einen Holzofen. Dem Freddy reicht es. Und das Wasser in seinem Brunnen wird schon gut sein, der

Freddy trinkt es jedenfalls, ein anderes gibt es ja nicht im Dorf. Alle anderen trinken es nicht, aber die waren auch so deppert, es um viel Geld testen zu lassen. So deppert war der Freddy nicht.

Wenn der Freddy Geld braucht, arbeitet er. Es braucht immer jemand seine Hilfe. Das, was er macht, kann er gut, und er ist zuverlässig, außer die Zahnschmerzen waren zu stark. Man beschäftigt den Freddy gern. Aber wenn der Freddy zum Beispiel von der Leiter fällt, wie letztes Jahr, ist es nicht so gut.

Der Freddy hat sich den rechten Unterarm bis zum Ellbogen aufgerissen. Das muss man nähen, sagten seine Freunde. Das muss man nicht nähen, sagte der Freddy, wickelte mit der linken Hand einen Verband fest um den Riss und holte das Sackerl mit dem Kraut gegen die Schmerzen. Am Abend hat ihm dann ein befreundeter Arzt den Arm ordentlich zusammengepickt, jedenfalls ging es noch einmal ohne Nähen und ohne Krankenhaus.

Wenn der Freddy ein Krankenhaus

braucht, ist es nämlich blöd. Wenn der Freddy längere Zeit nicht arbeiten kann, ist es ebenfalls blöd. Und auch, wenn der Winter sehr lang wird. Aber es geht schon, der Freddy besucht dann halt seine Freunde ein bisschen öfter als sonst. Und wenn er Glück hat, gibt es bei ihnen im Frühjahr etwas zu reparieren, für das sie ihm einen Vorschuss geben. Bis jetzt hat der Freddy alle Winter einigermaßen überstanden.

Um die Kinder, die der Freddy hat, kümmern sich deren Mütter, oder sie sind schon groß genug, sich selber zu kümmern. Sie sind alle gut herausgekommen, sagt der Freddy, tolle Purschen, sagt der Freddy. Sie haben es geschafft, und ihre Mütter auch, und der Freddy ist froh darüber. Es geht schon alles, sagt der Freddy und grinst, es wird schon. Sollte es einmal nicht mehr gehen, wandert er einfach nach Kanada aus, er hat gehört, dort können sie Kerle, die zupacken können, immer brauchen. Kerle wie ihn. Er kann ja alles. Er arbeitet ja gern. Und er braucht nicht viel. Wird schon, sagt der Freddy, wird schon.



Michael, 12

Leonie, 6

Hannah, 3,5

bezahlte Anzeige

Wiener Campus: Kindergartenkinder treffen auf PflichtschülerInnen, nutzen gemeinsam alle Räume und lernen miteinander und voneinander. Von 8 bis 15.30 Uhr, bei Bedarf gibt es Betreuung zwischen 6.30 und 17.30 Uhr. Zwei Campus-Standorte sind in Betrieb, in den nächsten Jahren kommen elf neue dazu. Der Bildungscampus Hauptbahnhof für Kinder bis 14 eröffnet 2014/15. Gemeinsam lernen, spielen und Sport betreiben – auch das macht Wien zur Stadt fürs Leben.

Wien. Die Stadt fürs Leben.

i Infotelefon – Wiener Kindergärten (MA 10)
Tel. 01/277 55 55, Montag bis Freitag von 7.30 bis 18 Uhr
www.kindergaerten.wien.at

Stadt  Wien
Wien ist anders.